

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Polen und der Norden

Sicherheit im Baltikum
Warten auf bessere Zeiten
„Es bleibt in der Familie“
Ostsee und Energiesicherheit

WeltBlick

Countdown in Swasiland?
Erdoğan's Kanalprojekt

Analyse

Zentralasien und die Taliban
Ersteinsatz von A-Waffen

Kommentare

Erwartungen an Berlin

ISSN 0944-8101 | 5,80 €
ISBN 978-3-947802-69-2



4

191574

105805



10182

Ein Vogel mit Geschichte



Der preußische Adler in der deutschen Herrschaftsgeschichte

Eine Vogelkunde aus religionspolitischer Sicht

Von Prof. Dr. Horst Junginger

2021, 166 S., brosch., 26,- €

ISBN 978-3-8288-4716-3

E-Book (PDF) 978-3-8288-7808-2

E-Book (ePub) 978-3-8288-7809-9

Nach der ersten Krönung eines preußischen Königs 1701 wurde die Potsdamer Garnisonkirche rasch zum religiösen Zentrum eines Militärstaats, der 80 Prozent seines Haushalts für die Armee ausgab. Nur wegen der engen Verbindung zwischen Politik, Religion und Militär konnte Preußen zu den führenden Mächten Europas aufschließen. Seine Nähe zum Herrn der himmlischen Heerscharen

machte den preußischen Adler zum idealen Herrschaftssymbol der Hohenzollernmonarchie. Nachdem er in der Weimarer Republik der damnatio memoriae verfiel, setzte er 1933 politisch und 1939 militärisch zu einem neuen Höhenflug an. Die angestrebte Wiederherstellung seiner politischen Integrität ist deswegen hoch umstritten.

Portofreie Buch-Bestellungen
unter [tectum-shop.de](https://www.tectum-shop.de)

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Tectum
Verlag

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des „Polexits“. Die Spannungen zwischen der EU und Polen nehmen zu: Der Streit um die Justizreform, die Eskalation an der belarussisch-polnischen Grenze und die damit verbundene, ungelöste Migrationsfrage. Hinzu kommen Kontroversen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Gerade im Norden und im Baltikum meldet Polen seine Interessen an. Dabei ist die Ostsee von Bedeutung. Hier gebe es, betont Martin Wycisk, Gastherausgeber des *Themas*, zahlreiche Ereignisse, die die Geschichte Polens wie auch Europas stark beeinflussten. *WeltTrends* hat immer Wert darauf gelegt, Autorinnen und Autoren aus den jeweiligen Ländern einzuladen. Für das Publikum hierzulande ist das die Chance, polnische Stimmen zu lesen, zumal die Zeitschrift ein originär deutsch-polnisches Projekt ist und vom Instytut Zachodni in Poznań mitherausgegeben wird. Darum der Perspektivenwechsel im Themenschwerpunkt. Warum Polen in der Sicherheitsarchitektur der NATO eine einzigartige Stellung einnimmt, erläutert Piotr Szymański. Ferner werden die Beziehungen zu Schweden und Litauen analysiert. Und weshalb nur die Ostsee eine Diversifizierung der Energieträgerversorgung ohne Hindernisse ermöglicht, beschreibt Energiemarktanalyst Mariusz Marszałkowski.

Die europäische Zentralmacht befindet sich in einem Interregnum – führungslos und ohne Kompass. Was sind die Erwartungen an die neue Bundesregierung? Trotz Regierungswechsel, schreibt Yu-ru Lian im *Gastkommentar*, bleiben Schlüsselfaktoren für die Chinapolitik bestehen: enge Wirtschaftsbeziehungen, Zusammenarbeit beim Klimaschutz und anderen globalen Herausforderungen. Und Polen? Im *Kommentar* erwartet Marcin Antosiewicz von Europas größter Volkswirtschaft eine Führungsrolle bei der digitalen und technologischen Transformation. In der Klima-, Grenzschutz- und Migrationspolitik müsse man die politischen Realitäten in Warschau berücksichtigen. Der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz sagte einst: „Wer bei mir Führung bestellt, bekommt sie auch.“ Ob er mit seinem Führungsstil den Erwartungen gerecht werden kann, bleibt abzuwarten. 🌐

Potsdam, im November 2021

Majd El-Safadi

Majd El-Safadi, WeltTrends-Redakteur





4

WeltBlick

- 4 Swasiland: Der Countdown für die Monarchie läuft
Georges Hallermayer
- 10 Erdoğan's Kanalprojekt am Bosphorus
Heino Matzken

16

Gastkommentar

- 16 Die chinesisch-deutschen Beziehungen nach der Wahl
Yu-ru Lian

21

Thema: Polen und der Norden

- 23 Polens Sicherheitspolitik, das Baltikum
und Europas Norden
Piotr Szymański
- 29 Warten auf bessere Zeiten:
Die polnisch-schwedischen Beziehungen
Maciej Giers
- 34 „Es bleibt in der Familie“: Das Verhältnis zwischen Polen und Litauen
Adam Petrétis und Aleksandra Smoczyńska
- 40 Polens Energiesicherheit und die Ostsee
Mariusz Marszałkowski





Analyse

46

- Pro No First Use –
Zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen
Wolfgang Schwarz 46
- Die zentralasiatischen Staaten und Afghanistan
Marlies Linke 52

Historie

60

- Eichmann in Jerusalem
Vor 60 Jahren: Der Prozess gegen Adolf Eichmann
Angelika Timm



Bücherschau

64

- Von politischem Krieg und der „Achse des Scheiterns“*

Was erwartet Polen von der neuen Regierung in Berlin?

68

Kommentar von Marcin Antosiewicz

Impressum

71

Wort & Strich

72

Swasiland: Der Countdown für die Monarchie läuft

Georges Hallermayer

Aktuell setzt der letzte absolute Monarch Afrikas, König Mswati III., im ganzen Land die von seinem Familienclan befehligte Armee ein. Sie soll den Ruf „Democracy now“ der Kampagne der Swaziland National Union of Students, initiiert von der Kommunistischen Partei Swasilands (CPS), ersticken. Mehr als hundert vor allem junge Demonstranten hat die Polizei seit Mai erschossen, Hunderte verletzt und mehrere Hundert inhaftiert. Wird das Regime dem Protest die Spitze nehmen und mit Reformen überleben?

Eswatini, so der Eigenname für Swasiland, ist der nach Gambia zweitkleinste Staat Afrikas mit der Ausdehnung von Paris und einer Bevölkerung von 1,2 Millionen. Die Macht liegt seit 1986 in den Händen von König Mswati III. Im gleichen Jahr setzte sich der heute achtreichste Afrikaner, Nathan Kirsh, aus dem damals unruhigen Südafrika in sein Heimatland Swasiland ab. Den Untergang des Apartheid-Regimes 1990 in Südafrika hat die „königliche Demokratie“ überstanden, die vom Auswärtigem Amt beschönigend so umschrieben wird: „eine konstitutionelle Monarchie, wobei dem König eine besondere Kompetenzfülle zukommt.“ Gewählt wurde zuletzt 2018 ein Scheinparlament, bestehend aus 59 Abgeordneten – je eine lokale traditionelle Größe (ohne Parteianhang) aus einem der 59 „Inkhundla“; zehn weitere Abgeordnete benannte seine Majestät selbst, wie auch die höchsten Richter und 20 Senatoren von insgesamt 30 der zweiten Kammer. Hinzu kommt ein Verbot aller Parteien und Gewerkschaften, ebenso der Unternehmerverbände.

Ein Land in Privatbesitz

Wie vor über 130 Jahren die damaligen imperialistischen Mächte auf der Berliner „Kongo-Konferenz“ dem belgischen König Leopold das Herz Afrikas, das Kongogebiet, als Geschenk in seine Privatschatulle legten, so verfügt der Königs-Clan von Mswati III. über das Land der Swasi. Aber anders als westliche Oligarchen braucht Mswati III. sein Imperium nicht mittels verschachtelter und auf den Familienclan zugeschnittenen

Unternehmenskonstruktionen zu verschleiern, sondern kann auf die *money making machine* seines Vaters zurückgreifen: die Holding Tibiyo Taka Ngwane, ein Konglomerat aus Agrobusiness (Rohrzucker, Getreidemühlen), Shoppingcentern, Medien wie der Zeitung „Swazi Observer“, der Druckerei Jubilee Printing und Großveranstaltern kultureller Events. Das Einkommen aus Tibiyos aktuellem Marktwert von über 2 Milliarden US-Dollar erlaubt Mswati III., seinen über einem Dutzend Königinnen und ihren über zwei Dutzend Kindern samt seinem feudalen Hofstaat ein Leben im Luxus zu ermöglichen. So flogen drei seiner Königinnen mit 66 Begleitern zum Shopping nach Las Vegas. Mit dem legalen Status als „*ferae naturae*“ steht Tibiyo staatsrechtlich über allem, befreit von Steuern, ziviler Anklage und strafrechtlicher Verfolgung – ein feudaler Parasit. Entschädigungslosen Enteignungen bzw. Umsiedlungen ganzer Dörfer durch Mswati III. und seinem Vater Sobhuza folgte die geschäftliche Einnahme des Bodens in den Besitz von Tibiyo, z.B. fruchtbares Ackerland im „Zuckergürtel“ in die Royal Swaziland Sugar Corporation.

Dabei steht Swasiland internationalen Investoren offen. Den Swasi-Markt teilt sich Tibiyo mit der weltweit agierenden Kirsh-Group, zu der unter anderem Swasi-Unternehmen wie Farm Chemicals Company oder Mbabane Development Corporation Swaziland gehören. Ungeachtet des auf über 200 Millionen US-Dollar geschätzten Reichtums seines Alleinherrschers hat Swasiland seit einigen Jahren große Haushaltsschwierigkeiten. Die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession, was in der Abhängigkeit vom südafrikanischen Nachbarn begründet liegt, der pandemiebedingt schwächelt. Aber aktuelle Ausschreibungen von Germany Trade and Invest (GTAI) zeigen, dass die Afrikanische Entwicklungsbank wieder einige Projekte, v.a. im Consultingbereich, für Verkehrsinfrastruktur und Gesundheitswesen finanziert und die deutsche Wirtschaft mitmischt.

Armut, Aids und Despotismus als Touristenattraktion

Die bittere Armut von knapp zwei Dritteln der Bevölkerung, die von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben müssen, hinter folkloristischen Traditionen zu verstecken, sollte dem modernen Potemkin nicht gelingen. Die Kindersterblichkeit (Maßstab 5 pro 1.000 Geburten) lag 2018 bei 67. Ein Fünftel der Kinder unter 5 Jahren leidet an den Folgen der Unterernährung.¹

1 Die folgenden Zahlen stammen aus dem Report der Afrikanischen Entwicklungsbank, Country Strategy Papier 2020-2024.

Dass bei einer Lebenserwartung von 52 Jahren jede(r) Vierte AIDS-krank ist, lässt mit Sicherheit keinen Sextourismus aufkommen. Ein Drittel der unter 45-Jährigen ist HIV-infiziert. Mit der Herausgabe von pittoresken Briefmarken erreicht König Mswati III. zum einen, seinen Staatssäckel aufzubessern, zum anderen nutzt er sie als Werbemittel für den Tourismus. So weit so gut, aber darüber hinaus transportiert er auch sein folkloristisches Image, seine feudale Ideologie. Er wolle „Traditionen bewahren“ – zu denen *His Majesty* allerdings nicht die Demokratie zählt. Der deutsche Honorargeneralkonsul Volker Stoltz dreht dabei kräftig mit an der Schraube und spricht vom „Land mit dem König mit den vielen Frauen“.²

Zudem gibt es das „MTN Bushfire Festival“ – der südafrikanische Multi MTM hat das Monopol für das Telekom-Geschäft – „ein gewaltiges Festival, das in der Welt Zeichen setzt“, so tönte der Marketingchef des Swasiland Tourism Board.

Wie weiland Russlands Fürst Potemkin seiner Zarin Katharina II. prosperierende Dörfer vorgaukelte, so soll dies in Swasiland das neue Convention Center in der Hauptstadt Mbabane und der 2014 fertiggestellte, völlig überdimensionierte, nach König Mswati III. benannte Flughafen tun. Der letzte Despot Schwarzafrikas setzt auf den zurzeit unterbrochenen internationalen Tourismus.

Der Widerstand wächst zum Aufruhr

In dem von Schülern und Studenten getragenen Aufruhr wurden Gebäude zerstört und Autos abgeackelt; die Schäden beliefen sich auf circa 3 Milliarden südafrikanische Rand. Die jungen Leute forderten die seit einem Jahr ausstehenden Stipendien, verbesserte Studienbedingungen und prangerten den ausschweifenden Lebensstil des Königs-Clans an. Die Proteste hielten an; 80 Schulen und Colleges wurden im September besetzt und sind seitdem geschlossen. Die Polizei versuchte, die Studentenstreiks mit Tränengas in den Hörsälen und Studentenwohnheimen sowie mit massenhaften Verhaftungen zu brechen. Ein Kommuniqué der CPS vom 12. Oktober prangerte zudem Folterungen an. Studenten des renommierten William Pitcher College in Manzini boykottierten die Semesterexamen. Am 11. Oktober setzten die Studenten von 50 Primär- und Highschools im ganzen Land ein weiteres Zeichen: Sie forderten die sofortige

2 Vgl. Die Welt vom 15. Juni 2003.



Regieren per Dekret: König Mswati III. ordnete die Änderung des Staatsnamens von „Swasiland“ in „Eswatini“ an

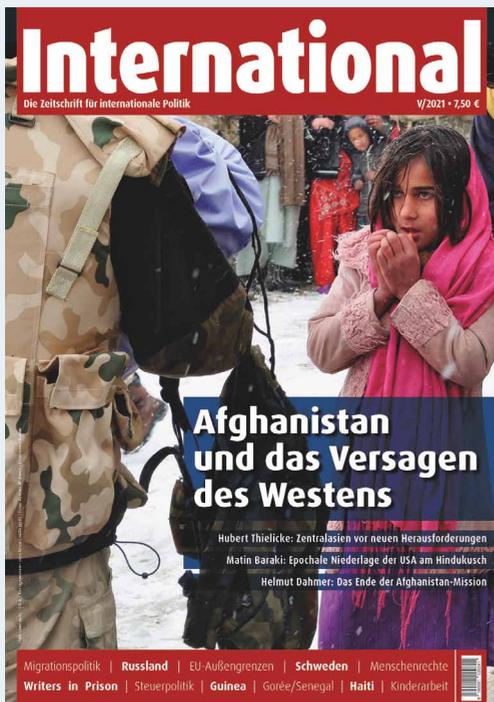
Freilassung der politischen Gefangenen und die Abschaffung der Studiengebühren.

Experten vom britischen Chatham House warnten den autokratischen Herrscher davor, den Konflikt mit der Jugend weiterzutreiben: 46 Prozent der Jugend seien arbeitslos, zwei Drittel der Einwohner lebten in absoluter Armut. Die Monarchie müsse den Forderungen nach Reformen nachkommen und einen politischen Dialog beginnen. Ringisai Chikohomero vom ISS Africa ist jedoch skeptisch: „Das ist das Problem, wenn sich Geld, Korruption und Macht in einer einzigen Familie ansammeln“.³ Der in Südafrika ansässige, unter anderem von der Hans-Seidel-Stiftung unterstützte Think-Tank Institute for Security Studies (ISS Africa) griff am 8. Oktober den Report auf und gibt konkrete Hilfestellung: „Ein „Shangri-La im Himalaya könnte König Swati den Weg weisen“ und verweisen auf Lesotho und Bhutan als Modelle für eine „konstitutionelle Monarchie“. Noch sieht es nicht danach aus. Im Gegenteil! Die Schraube der Unterdrückung wird angezogen: Im „Democracy now“-Update berichtet die CPS, König Mswati habe die Protestierenden beleidigt, sie seien „nichts

weiter als Säufer“ und stünden auf Marihuana. Gleichzeitig eskaliert die Brutalität des Militärs. „Mindestens 20 weitere Demonstranten im ganzen Land wurden seit Donnerstag entweder erschossen oder verletzt.“ Die Flure des Mbabane Government Hospital sind gefüllt mit blutgetränkten Betten. Kenneth Kunene, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Swasilands (CPS), rief dazu auf, zum Selbstschutz der Gemeinden Sicherheitsräte aufzustellen – eine neue Etappe des Widerstands. Für den 20. Oktober riefen vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu Demonstrationen auf.

Reaktionen auf dem Kontinent

Während die Afrikanische Union (AU) bislang schwieg, verurteilte UN-Generalsekretär Guterres die Gewalt gegen unbewaffnete Protestierende. Die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft SADC beschloss, eine Delegation zu entsenden. Aber die Delegation der SADC unter dem Vorsitz des südafrikanischen Präsidenten Ramaphosa konnte sich nicht



**Eine unabhängige
und kritische Stimme zur
österreichischen Außenpolitik**

Jetzt erhältlich: Ausgabe V/21

Kostenlose Probehefte: office@international.or.at

Webseite: www.international.or.at

Wöchentliche aktuelle Kommentare

auf dem **INTERNATIONAL** YouTube-Kanal

zu kritischen Worten und einem Reformaufruf durchringen. Die schweren Auseinandersetzungen haben auch Auswirkungen auf den großen Nachbarn Südafrika: Misuzulu Zulu, Neffe von Mswati III., seit 7. Mai 2021 König, Herr und Gebieter über Land und Leute im Zulu-Land, auch wenn er keine politisch-administrative Funktionen hat, wird die Entwicklung in Swasiland genau verfolgen. Denn auch sein Stuhl wackelt, aber er kippt nicht, solange die Präsidenten Südafrikas ihn und seinen Clan von der in der „Freedom Charter“ des ANC versprochenen Landreform und der 2018 beschlossenen „entschädigungslosen Enteignung“ ausnehmen.

Wird die Protestbewegung die Forderungen weitertreiben oder wird es Mswati III. gelingen, die Proteste zu unterdrücken und den Ratschlägen seiner westlichen Freunde zu folgen? 🌐

Georges Hallermayer

geb. 1946, Historiker. Dozent und stellvertretender Centrunsleiter bei den Carl-Duisberg-Centren, viele Jahre Betriebsrat und Mitglied im GEW-Landesvorstand Saar

Blog: weltsolidaritaet.blogspot.com.



WeltTrends 144 | Februar 2018

Südliches Afrika – Stagnation statt Aufbruch?

Das südliche Afrika erlebt einen Führungswechsel: In Simbabwe wurde Mugabe nach 39 Jahren abgelöst, ebenso Wechsel an der Spitze in Angola und in Südafrika. Bedeuten diese Wechsel Aufbruch oder doch eher Stagnation? Außerdem im Heft: globalisierte Schmuggler, Imran Khans Ambitionen für Pakistan und der einstige Schmelztiegel Lemberg.

Erdoğan's Kanalprojekt am Bosphorus

Heino Matzken

Die Welt hielt den Atem an. Es herrschte Hektik an den Ölmärkten und die westlichen Volkswirtschaften befürchteten einen neuerlichen Rückschlag. Ein Schiff hatte sich im Suezkanal festgefahren und blockierte für sechs Tage eine Lebensader die Weltwirtschaft. Die Havarie des Containerschiffs „MS Ever Given“ zeigte, wie wichtig der ungehinderte internationale Transport von Waren und somit auch freie Wasserwege sind. Neben dem Suezkanal, durch den 12 Prozent des Weltschiffsverkehrs fließen, ist auch der Bosphorus eine lebenswichtige Handelsader. Nicht überraschend, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan es seinem Amtskollegen am Nil, Abd al-Fattah al-Sisi, gleichtun möchte und anstrebt, auch dieses Nadelöhr zu vergrößern.

Die feierliche Grundsteinlegung für den „Kanal Istanbul“ ging im Juni 2021 durch alle türkischen Zeitungen. Das Megaprojekt löste kontroverse Diskussionen in Politik und Medien aus. Während der seit 2003 herrschende Präsident „einen Traum in Erfüllung gehen sieht“, kritisieren andere die Kosten, die aktuell auf über 10 Milliarden US-Dollar geschätzt werden, sowie die Risiken für Mensch und Umwelt.

Was ist geplant? Parallel zum Bosphorus soll ein zusätzlicher Schifffahrtskanal entstehen. Er wird 45 Kilometer in der Länge, 150 Meter in der Breite und 21 Meter in der Tiefe messen. Die westlich der Bosphorus-Meerenge gelegene künstliche Wasserstraße verbindet dann das Marmarameer und das Schwarze Meer. Ende März 2021 kündigte Umweltminister Murat Kurum an, die „Entwicklungspläne für das „Kanal Istanbul“-Projekt genehmigt und zur öffentlichen Konsultation freigegeben“ zu haben. Die ersten Arbeiten begannen bereits 2013. Der ehemalige Bürgermeister von Istanbul folgt mit dem Pharaonenprojekt einem bekannten Muster, bei welchem außenpolitische oder wirtschaftliche Aktivitäten von innenpolitischen Problemen ablenken sollen.

Neben dem politischen Kalkül lassen sich diverse Argumente für die geplante Stärkung der türkischen Stellung im internationalen Seeverkehr durch den Kanalbau ausmachen. Die neue Verbindung zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer wird den Bosphorus entlasten und somit sicherer machen – man erinnere sich an die „MS Ever Given“. Auch zu der



Der Bosphorus – viel befahrene Wasserstraße

dringend notwendigen Säuberung des Marmarameers könnte der Kanal beitragen. Erdoğan sprach in seiner Eröffnungsrede davon, dass dieses Projekt die „Zukunft Istanbuls retten werde“. Natürlich nutzte er das Megaevent auch, um den politischen Gegner, die Republikanische Volkspartei CHP, für ihren Widerstand gegen das Vorhaben zu kritisieren. Ihre Drohung, im Falle eines Regierungswechsels die Arbeiten einzustellen, schreckte Banken, potentielle Investoren und internationale Geldgeber von einem Engagement ab. Besonders der seit 2019 amtierende Bürgermeister Istanbuls, Ekrem İmamoğlu (ebenfalls CHP), betont die negativen Auswirkungen und den Verlust von Wald, Ackerflächen und Wasserressourcen. Umweltschützer verweisen darauf, dass für den Kanal Wälder im Norden der Stadt gerodet werden müssten – man spricht von über 200.000 Bäumen. Ökologisch könnte sich die Situation im Marmarameer, das durch die Einleitung ungeklärter Abwässer verunreinigt und zunehmend von Meeresschleim überwuchert ist, durch den Zufluss von Wasser aus dem ebenfalls stark belasteten Schwarzen Meer weiter verschlechtern. Dann könnte das Marmarameer „kippen“ und zur stinkigen, sauerstoffarmen Brühe werden. Experten halten das Vorhaben für sehr riskant, da zwischen dem neuen Kanal und dem Bosphorus eine Insel entstehen würde. Für das stark von Erdbeben gefährdete Istanbul sinken dadurch

die Evakuierungsmöglichkeiten in einem Notfall. Immerhin leben 16 Millionen Menschen in der türkischen Metropole. Auch der Chef des städtischen Büros für Bau- und Stadtplanung warnt vor dem Bau. Gemäß eines Masterplans aus dem Jahr 2009 dürfte der Norden Istanbuls ohnehin nicht bebaut werden.

Vision vor Augen – mit innenpolitischen und ökonomischen Interessen

Recep Tayyip Erdoğan, der bei der Vorstellung des Projektes vor zehn Jahren die Pläne selbst als „verrückt“ bezeichnet hatte, hat heute jedoch eine weit größere Vision. Wie sein ägyptischer Amtskollege plant auch er den Bau einer neuen Stadt mit über 500.000 Einwohnern direkt am Kanal. Yacht- und Containerhafen, eine unter dem Kanal verlaufene U-Bahn sowie ein Autobahnanschluss an den 2018 eröffneten Flughafen Istanbul vervollständigen das Megavorhaben. Hinsichtlich der Zeitplanung war als Eröffnungstermin ursprünglich 2023, der 100. Jahrestag der Gründung der Republik, vorgesehen. Doch bei sieben Baujahren wird dieser Termin wohl schwer zu halten sein.

Bereits 2011 hatte Erdoğan den „Kanal Istanbul“ als einen Teil einer Reihe von Infrastrukturprojekten für die türkische Hauptstadt initiiert. Dazu gehörten die heute fertiggestellte dritte Brücke über den Bosphorus sowie der Flughafen im Norden der Stadt. Doch der Kanal ist mehr als ein Investitionsprogramm für die durch die Covid-19-Krise angeschlagene Wirtschaft. Er könnte den Auftakt eines Machtkampfs zwischen Erdoğan und Ekrem İmamoğlu bedeuten, welcher als Präsidentschaftskandidat gehandelt wird. Wenn es um die international bedeutende Wasserstraße geht, steht es für den aktuellen, seit anderthalb Jahren regierenden Bürgermeister schlecht. Die Türkei ist zentralstaatlich organisiert und somit entscheidet die Hauptstadt Ankara. Darüber hinaus verfügt die Partei des Präsidenten, die konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), über die Mehrheit im Stadtparlament. İmamoğlu, Hoffnungsträger der Opposition, betonte in seinem Wahlkampf derweil, mehr für Natur, Kultur, Frauen und Kinder tun zu wollen. Er sprach von der Seele der Stadt und nicht von Megaprojekten.

Wirtschaftlich sprechen jedoch einige Punkte für die Großbaustelle. Statt derzeit 50.000 Schiffe, davon 10.000 Öltanker jährlich, könnten im Jahr 2050 86.000 Schiffe den Bosphorus durchqueren. Gleichzeitig werden diese ständig größer. Eine Entlastung der 27 Kilometer langen und an



Der neue Flughafen von Istanbul – ein Prestigeprojekt Erdogans

ihrer schmalsten Stelle 700 Meter breiten Wasserstraße scheint erforderlich. Ankara könnte sich mit der Alternative eine neue Einnahmequelle eröffnen – der Suezkanal spült jährlich immerhin über fünf Milliarden US-Dollar in die ägyptische Staatskasse! Der Vertrag von Montreux von 1936 regelt derzeit die freie Durchfahrt für Handelsschiffe durch den Bosphorus. Zwar wird es daher nicht zu einem Zwang kommen, den neuen und gebührenpflichtigen Kanal zu nutzen, aber geringere Wartezeiten könnten den Ausschlag geben. 2019 hatten diese noch zwischen 14 und 30 Stunden betragen. Das bedeutet besonders für Containerschiffe mit gefährlicher Ladung ein zusätzliches Risiko. Auf der anderen Seite warnen Kritiker vor der Zerstörung und Verschmutzung der beiden Wasserreservoirs Sazlidere-Damm und Terkos-See, immerhin für ein Drittel der Wasserversorgung der nahegelegenen Metropole Istanbul zuständig. Experten weisen auch auf die Erdbebengefahr hin, da der Kanal in 11 Kilometer Entfernung zu einer tektonischen Verwerfung liege. Zusätzlich ist weiterhin unklar, wie viel der Bau letztendlich kosten wird. Auch wenn Finanzmittel bereits im Haushalt zugewiesen sind und die Armee die Konstruktion unterstützen wird, bleibt es ein pharaonisches Projekt. Im 16. Jahrhundert schlug der berühmte osmanische Architekt Mimar Sinan eine parallele Wasserstraße vor. Schon damals scheiterte der Plan an der Finanzierung!

„Eine verrückte Idee“ – Bedeutung für die moderne Türkei

Selbst mit der „Ever Given“-Katastrophe im Kopf bleibt der „Kanal Istanbul“ „eine verrückte Idee“, wie Präsident Recep Tayyip Erdoğan selbst sagte. Doch im Zuge der geopolitischen und ökonomischen Entwicklungen in der Region, in welcher Ankara eine stärkere Machtposition anstrebt, wird das größte Bauprojekt in der Geschichte der modernen Türkei eine wichtige Rolle spielen – innenpolitisch im Kampf gegen die sozialdemokratische Partei CHP und Bürgermeister İmamoğlu sowie außenpolitisch im Streben nach wirtschaftlicher Stärke. Dass Erdoğan Megaprojekte wie die Bosphorus-Brücke, den Flughafen oder das erste Atomkraftwerk umsetzen und für sich nutzen kann, hat er bereits bewiesen. Die Frage bleibt, wer am Ende den Preis zahlt. 



Heino Matzken, PhD

geb. 1968, PhD in International Relations, als Offizier der Bundeswehr in verschiedenen Auslandseinsätzen, zurzeit Militärattaché an der deutschen Botschaft in Beirut

heinomatzen@hotmail.com

ANZEIGE



WeltTrends 90 | Mai/Juni 2013 **Türkei offensiv**

Die Türkei ist in der Offensive, wirtschaftlich, aber auch politisch. Mit wachsendem Selbstbewusstsein wird sie mit ihrer islamisch orientierten Elite sogar als Modell für andere Staaten der Region gehandelt. Steht uns eine Phase des Neo-Osmanismus bevor? Erdoğan will den vormals „kranken Mann am Bosphorus“ zum politisch aktiven Spieler im Nahen Osten entwickelt hat. Wie sieht die neue Außenpolitik der Türkei aus, welche Reaktionen gibt es darauf?



Wissenschaft und Frieden

die unabhängige Vierteljahreszeit-
schrift für Friedensforschung, Frie-
densbewegung und Friedenspolitik

W&F erscheint vierteljährlich. Einzelheft
12 € plus 2 € Versandkosten (Bitte um Vor-
kasse: Spk Köln/Bonn, DE86 3705 0198
0048 0007 72). Jahresabo 45 € (ermäßigt
35 €), Ausland 55 € (ermäßigt 45 €).

W&F erscheint nicht nur gedruckt, sondern
auch in digitaler Form – als ePub und PDF.
Das Abo kostet für Bezieher*innen der
Druckausgabe zusätzlich 5 € jährlich – als
elektronisches Abo ohne Druckausgabe
35 € jährlich. Fördermitglieder von Wissen-
schaft und Frieden (mindestens 60 € jähr-
lich) erhalten auf Wunsch die gedruckte
und die digitale Ausgabe.

Bestellungen: W&F c/o BdWi-Service, Gis-
selberger Str. 7, 35037 Marburg, E-Mail:
vertrieb@wissenschaft-und-frieden.de,
www.wissenschaft-und-frieden.de

Chinas Welt? – Zwischen Konflikt und Kooperation

Rasant formiert sich aktuell ein neues »Feindbild China«: Das Land wird als wirtschaftlicher, ideologischer und militärischer Rivale betrachtet. Im aufgepeitschten Diskursklima fällt eine Lagebeurteilung schwer. Das aktuelle Heft W&F 4/21 will helfen, dieser Analyse Raum zu bieten. Die Autor*innen im Heft betonen die Notwendigkeit einer kritischen Betrachtung der inneren und globalpolitischen Entwicklungen Chinas, allerdings unter Wahrung eines Maßstabs der Verhältnismäßigkeit. Dadurch bietet das Heft spannende Einblicke u.a. in die Gestaltungsspielräume der Zivilgesellschaft, die aktuelle Militärpolitik des Landes oder auch zu den sozioökonomischen Konflikten rund um Klima- und Stadtpolitik. Nicht weniger erkenntnisreich auch der Beitrag zum zögerlich-ambivalenten Umgang der EU mit China. Gerade bei den schrillen Tönen, mit denen die Militarisierung des Indopazifik durch immer neue Militärpakete und Abkommen voranschreitet, ist die Ruhe der Analyse zu diesem Thema eine wohlthuende Alternative.

Außerhalb des Schwerpunktes: die Rolle von Diplomategattinnen auf dem Westfälischen Friedenskongress, Konzept und Praxis der »Kommunalen Konfliktberatung« sowie ein theoretischer Beitrag zum Konzept der »slow violence«.

Wissenschaft und Frieden ist Trägerin des Göttinger Friedenspreises 2018

Die chinesisch-deutschen Beziehungen nach der Bundestagswahl

Yu-ru Lian

Deutschland hat am 26. September 2021 gewählt; die Merkel-Ära geht zu Ende. Die Welt schaut in Richtung Berlin und ist gespannt, aus welchen Parteien die neue Bundesregierung bestehen und wie sich diese außenpolitisch positionieren wird. In China fragt man sich, ob die Chinapolitik der Merkel-Regierung, mit der das chinesisch-deutsche Verhältnis auf allen Ebenen und in allen Gebieten trotz Problemen und Widersprüchen ein hohes Niveau erreicht hat, fortgesetzt werden kann.

Generell zeigt das offizielle China hinsichtlich der Perspektiven der chinesisch-deutschen Beziehungen eine gewisse Zuversicht. Es wurde mehrmals verkündet, dass China, egal welche Regierungskoalition sich bilden würde, mit Deutschland nach wie vor eng zusammenarbeiten werde.¹ Diese Zuversicht ist nicht ohne historische Wurzeln. Sowohl Helmut Schmidt und Gerhard Schröder von der SPD als auch Helmut Kohl und Angela Merkel aus dem Lager der Union haben jeweils ihren Beitrag zum Ausbau der chinesisch-deutschen Beziehungen geleistet. Die Regierungskonsultationen zwischen China und Deutschland, die auf Merkels Initiative und Mitwirkung zurückzuführen sind und schon sechsmal getagt haben, stellten eine Einmaligkeit in den Außenbeziehungen Chinas dar.

Andererseits ist eine gewisse Änderung in der Chinapolitik der neuen Bundesregierung zu erwarten. Bei den Grünen und der FDP, die wohl mitregieren werden, ist eindeutig Distanz von der Merkel-Linie sichtbar. Nicht zuletzt deshalb kann man eine kritische Phase in den chinesisch-deutschen Beziehungen, auch im Rahmen der EU-Chinapolitik, vorhersehen. Diese Sicht auf der Akteursebene ist wichtig; die Meinungsäußerungen von Parteiliten, Wissenschaftlern und

1 China vermisst Merkel schon. Bereits am ersten Tag nach der Bundestagswahl hat der außenpolitische Sprecher die hohe Achtung vor Merkels Leistung zum Ausdruck gebracht, wobei ihre Initiative und Mitorganisation der sechs Regierungskonsultationen zwischen China und Deutschland hervorgehoben wurden. Am 13. Oktober 2021 fand ein Videotreffen zwischen Staatspräsident Xi Jinping und Kanzlerin Angela Merkel statt. Sie wurde als eine „Lao Pengyou“ Chinas betrachtet – alter Freund, eine hohe Auszeichnung in der chinesischen diplomatischen Terminologie.



Stets herzlich willkommen in Beijing – Kanzlerin Merkel mit Parteiführer Xi

Medien oder von Institutionen der EU bilden eine Grundlage für die Einschätzung der deutschen Außenpolitik im Allgemeinen wie auch der Politik zu China im Besonderen. Aber alles treibt im fließenden Fluss; nur die Änderung bleibt ewig. Die Weltpolitik befindet sich in einem atemberaubenden Wandel, wie es ihn seit Jahrhunderten nicht gegeben hat. Man wächst auch in einem Staatsamt, sobald er/sie in dieses eingetreten ist. Entscheidend ist die internationale Struktur, in der die Stellung und Rolle der Akteure und deren Interdependenz von Relevanz sind. Aus dieser Strukturperspektive wird hier die These wiederholt, die ich vor 13 Jahren auf Chinesisch und später auch in dieser Zeitschrift formuliert habe: China und Deutschland gehören beide zu den aufsteigenden Mächten in der Weltpolitik, die in ihrem jeweiligen Entwicklungsweg seit 1949 eine enorme Parallelität bzw. Ähnlichkeit aufgewiesen haben.

Ähnliche Dilemmata

Unter dem Aufstieg Deutschlands versteht man das „europäische Deutschland“. Die Führungskraft Deutschlands sollte zur Förderung der europäischen Integration zur Verfügung gestellt werden, deren Stand heute jedoch

so schlecht ist wie schon lange nicht mehr. Dafür trug Merkel nicht allein, aber vor allem politische Verantwortung.² Die neue Bundesregierung kann sich nun mehr einfallen lassen, damit sich das deutsche/europäische Dilemma – bei aller Notwendigkeit der deutschen Dominanz wird diese in der EU allgemein nicht gern gesehen bzw. abgelehnt – auflöst und die auf dem Papier stehende „strategische Autonomie“ der EU endlich wahr wird. Das Festhalten am deutsch-französischen Tandem oder am Weimarer Dreieck in der EU-Politik kann als Beispiel gelten, wobei mehr Fingerspitzengefühl der neuen Bundesregierung in den Außenbeziehungen angezeigt wäre.

Parallel zum deutschen Dilemma gibt es auch beim Aufstieg Chinas ein Dilemma. Egal in welchem Umfang China zu Frieden, Stabilität, Entwicklung und Prosperität beiträgt, es wird vom US-amerikanisch dominierten Westen negativ wahrgenommen. Das energische westliche Eintreten für Volksgruppen in China sowie in anderen nichtwestlichen Ländern wird im Westen nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten, sondern als Hilfe für Menschen verstanden, denen die letztlich christlich begründeten und historisch gewordenen Menschenrechte vorenthalten werden. All dies sorgt, historisch und aktuell gesehen, für große Auseinandersetzungen zwischen China auf der einen Seite und Deutschland, der EU und dem Westen auf der anderen Seite.

Wie wird der Aufstieg Chinas wahrgenommen?

Für die Welt im Allgemeinen wie auch für die neue Bundesregierung im Besonderen ist die Frage von großer Relevanz, wie der chinesische Aufstieg, der mit keinem Mittel mehr zu verhindern, geschweige denn noch zurückzudrehen ist, wahrgenommen wird.

Hierzu einige Thesen:

1. Stellt der Aufstieg Chinas oder „Zhenxing Zhonghua“ (振兴中华 Wiederstärkung Chinas) eine Gefahr für die Welt dar? Nein. „Zhenxing Zhonghua“ ist ein historisches Ziel, welches bereits vom Vorreiter der chinesischen Revolution, Sun Zhongshan, vor über 100 Jahren, als China noch ein halbkoloniales und halbfeudales Land war, betont wurde und nach Suns Ableben von der KP Chinas übernommen und heute umgesetzt wird.

2 Vgl. dazu Kurbjuweit, Dirk (2021): Lichtgestalt mit Schattenseiten. In: Der Spiegel, Nr. 36/4.9.2021, S. 16.

2. Hat „Zhenxing Zhonghua“ einen aggressiven Charakter? Nein. Es ist primär innenpolitisch orientiert, wobei die staatliche Souveränität, Sicherheit und Entwicklung zentrale Staatsinteressen Chinas sind. Die zwei „Einhundertjahresziele“, von denen das erste mit dem Ziel der Armutsbekämpfung und Realisierung einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand im Jahre 2020 schon erreicht wurde, sind auch innenpolitisch angelegt.
3. China hält außenpolitisch an den vier Prinzipien der friedlichen Koexistenz fest; die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder als eines der vier Prinzipien ist dabei in doppelter Hinsicht zu verstehen: China mischt sich bei der Gestaltung seiner Außenbeziehungen nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein; auch ein Ideologieexport ist ausgeschlossen. Zugleich bekämpft China vehement die Einmischung in seine inneren Angelegenheiten durch andere Länder bzw. Ländergruppen. Taiwan, Hongkong, Tibet und Xinjiang gehören zur Kategorie der staatlichen Souveränität Chinas, bei denen logischerweise jede Einmischung abgelehnt wird.
4. Geht „Zhenxing Zhonghua“ den Weg einer Ablösung der US-Hegemonie durch die Chinas? Dies ist eine populäre Wahrnehmung im Westen, so auch in Deutschland.³ Nein. Offiziell hat China erklärt, dass es in der Welt nur ein System, eine Ordnung und eine Regelung gibt, das UN-System. Die auf dem internationalen Recht basierende Weltordnung und die Grundregeln der internationalen Beziehungen lassen sich von den Zielen und Prinzipien der UN-Charta leiten.⁴ Ferner hat China nicht vor, den Hegemonismus, unter dem China selbst lange gelitten hat, auch im Verhältnis zu anderen Staaten zu praktizieren. Schließlich spielen die alte Philosophie und Kultur des Konfuzius eine wichtige Rolle, wonach man den eigenen Willen nicht anderen Menschen aufzwingen sollte.
5. Wird „Zhenxing Zhonghua“ zu einem Nullsummenspiel in den internationalen Beziehungen führen? Nein. Schon vor 100 Jahren hat Sun Zhongshan gesagt, China sollte nach der Erfüllung von „Zhenxing Zhonghua“ die große Verantwortung für eine bessere Welt tragen. Seit

3 Dazu Menzel, Ulrich (2019): Welt im Übergang, Europa in der Krise – Vom amerikanischen zum chinesischen Jahrhundert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, 2019. Siehe dazu auch meine Position und die Replik von Ulrich Menzel. In: WeltTrends Nr. 169, im Forum „China und die Welt“.

4 Siehe Xi, Jinping (2021): „Zuversichtlich und gemeinsames Bemühen um eine bessere Welt“, Video-Rede auf der 76. UNO-Vollversammlung, 21. September 2021, Yangshiwang Xinwen (央视网新闻Central TV News Net) 22. September 2021.

der Wiedererlangung der UN-Mitgliedschaft im Jahre 1971 wird China zu einem immer aktiveren Akteur bei der Umsetzung der Aufgaben der UNO und anderer internationalen Organisationen. Der chinesische Beitrag zur internationalen Bekämpfung der Cholera-Pandemie sowie die zurzeit in der chinesischen Frühlingsstadt Kunming tagende Weltkonferenz zur Förderung der Biodiversität haben dies deutlich gezeigt.

Dialog weiterführen!

Es ist eine Binsenweisheit, dass zwei aufsteigende Mächte wie China und Deutschland, die lange Zeit eine Kultur der Zurückhaltung praktizierten und zur gleichen Zeit, nach einem Wechsel ihres jeweiligen Führungspersonals ab 2013, eine aktivere Außenpolitik verfolgten, in eine Konkurrenzposition geraten können. Trotzdem bleiben für die Außenpolitik sowie die Chinapolitik der neuen Bundesregierung die Schlüsselfaktoren weiter bestehen: enge und umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen, gute Zusammenarbeit zur Bewahrung des Weltfriedens, beim Klimaschutz und anderer globaler Herausforderungen. Mögliche Widersprüche und Konflikte in den bilateralen wie auch in den internationalen Beziehungen sollten durch gleichberechtigte Dialoge und diplomatische Verhandlungen, nicht durch Gewalt oder Drohungen gelöst werden. Es gibt zu diesem Zweck viele Mechanismen, Institutionen und Kommunikationskanäle auf verschiedenen Gebieten und Ebenen. Sie werden für die neue deutsche Regierung bei Gestaltung der „neuen“ Chinapolitik hoffentlich weiterhin eine nützliche Stütze darstellen. 🌐

Der Text wurde Ende Oktober 2021 abgeschlossen.



Prof. Dr. Yu-ru Lian

geb. 1954, Dr. phil. Prof. em. für Politologie an der Peking-Universität. Diplomgermanistin, Promotion an der FU Berlin, langjährige Professorin und Vizedirektorin an der Fakultät für Internationale Politik, School of International Studies der Peking-Universität

lianyr@pku.edu.cn

Polen und der Norden

Zweimal hat sich Polen im 20. Jahrhundert mit der Ostsee vermählt: 1920 in Puck/Putzig und 1945 an der Pommerschen Küste. Schon diese symbolische Geste signalisiert die Bedeutung der Ostsee. Hier gab es zahlreiche Ereignisse, die die Geschichte Polens wie auch Europas stark beeinflussten. Der Sieg über den deutschen Ritterorden bei Tannenberg 1410 markiert den Aufstieg der Polnisch-Litauischen Union zur regionalen Großmacht, die Nordischen Kriege zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert führten zu einer deutlichen Schwächung der polnisch-litauischen Adelsrepublik und Schwedens sowie dem Aufstieg Russlands als europäischen Machtfaktor, und es waren der Status von Danzig sowie die Ablehnung des „polnischen Korridors“, die Nazideutschland 1939 als Vorwand für den Vernichtungskrieg gegen Polen dienten.

Doch nicht nur Konflikte prägten die Region. Die Hanse ist ein Beispiel enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit lange vor dem Entstehen der Europäischen Union und die 1980 in Danzig gegründete Solidarność-Bewegung hatten einen großen Anteil an der friedlichen Demokratisierung Polens und des ehemaligen Ostblocks.

Doch welche Bedeutung haben die Ostsee und ihre Anrainer für Polen heute? Ist sie heute ein Raum friedlicher Zusammenarbeit oder eher ein potentieller Konfliktherd? Diesen Fragen werden im Thema diskutiert. 🌐

Martin Wycisk, Gastherausgeber



Arctic Circle

SWEDEN

FINLAND

NORWAY

Gulf of Bothnia

Bergen

Oslo

Stockholm

ALAND ISLANDS

ESTONIA

Stavanger

Göteborg

Gotland

LATVIA

North Sea

DENMARK

Baltic Sea

LITHUANIA

Copenhagen

Malmö

Öland

Vilnius

Kaliningrad

RUSSIA

Bornholm

Gdansk

Hrodna

Amsterdam

Bremen

Berlin

Poznań

Warsaw

Brest

NETH.

Essen

Leipzig

Wrocław

POLAND

BEL.

Bonn

GERMANY

Prague

Kraków

L'vi

LUX.

Luxembourg

Frankfurt

CZECH REPUBLIC

Brno

SLOVAKIA

Che

Polens Sicherheitspolitik, das Baltikum und Europas Norden

Piotr Szymański

Polen hat den nordischen und baltischen Raum wiederentdeckt. Strategisch zeigt sich diese Wendung in der Entwicklung von Infrastrukturprojekten, die Polen mit den baltischen und den nordischen Staaten verbinden. Hinzu kommt eine verstärkte militärische Zusammenarbeit an der nordöstlichen Flanke der NATO. Somit ist Polen zum ersten Mal in seiner Geschichte umfassend in die Ostseeregion eingebunden.

Polen sieht Russland als die größte Bedrohung für den Norden und entwickelt seine militärischen Kapazitäten dementsprechend. Die neoimperialistische Politik Russlands, die sich in Georgien (2008) und in der Ukraine (2014) zeigte, führte zu einem Umdenken in der polnischen Verteidigungspolitik. Das Engagement bei Auslandseinsätzen wurde zurückgefahren, um sich auf die Verteidigung des eigenen Territoriums zu konzentrieren. Als Reaktion auf die Entwicklung der offensiven militärischen Fähigkeiten Russlands und das sich verschlechternde Sicherheitsumfeld hat Polen in die Landesverteidigung investiert, die regionale militärische Zusammenarbeit verstärkt und sich für robuste Verteidigungs- und Abschreckungsmaßnahmen der NATO an der nordöstlichen Flanke eingesetzt. Bemerkenswert ist, dass die polnischen Streitkräfte in jüngster Zeit ihre militärische Präsenz östlich der Weichsel, in den an Belarus und Russland angrenzenden Regionen, ausgebaut haben. Dies beinhaltete die Verlegung von gepanzerten Einheiten und die Aufstellung einer neuen mechanisierten Division im östlichen Polen.

Polen hat die Ambition, zu den führenden Militärmächten Europas zu gehören. Seine Verteidigungsausgaben sollen diesem Anspruch gerecht werden. Nach Angaben der NATO wird sich der polnische Verteidigungshaushalt im Jahr 2021 auf etwa 12 Milliarden US-Dollar belaufen, was 2,1 Prozent des BIP entspricht. Eine nachhaltige Steigerung der Militärausgaben wird parteiübergreifend unterstützt. Im Zeitraum von 2014 bis 2020 stiegen die Ausgaben um etwa 50 Prozent. Gleichzeitig stieg die Truppenstärke von ca. 100.000 auf 120.000, was vor allem auf die Schaffung einer fünften militärischen Waffengattung – den Truppen der Territorialverteidigung (bestehend aus Freiwilligen) – zurückzuführen ist. Damit hat Polen im Jahr 2020 bezüglich der militärischen Stärke den

achten Platz im NATO-Vergleich eingenommen. Wie im Verteidigungskonzept von 2017 dargelegt, wurde das Ziel für 2030 auf Militärausgaben in Höhe von 2,5 Prozent des BIP und 200.000 Soldaten festgelegt. Patriot-Luftabwehrsysteme aus US-amerikanischer Produktion (4,75 Milliarden US-Dollar), F-35-Kampfflugzeuge (4,6 Milliarden US-Dollar) und Abrams-Panzer (6 Milliarden US-Dollar) gehören zu Polens Beschaffungs-

Polen will zu den führenden Militärmächten Europas gehören.

projekten. Die Marine verfügt bisher nicht über ausreichende Ressourcen und hat daher erhebliche Fähigkeitslücken. Die Zunahme hybrider Aktivitäten gegen Polen und die Covid-19-Pandemie haben die Entscheidungsträger dazu veranlasst, ein umfassenderes Sicherheitskonzept zu entwickeln, darunter Fähigkeiten zur Cyberverteidigung (*Cyberspace Defence Force*, die bis 2024 voll einsatzfähig sein soll), zivile Verteidigung, resilienzorientiertes Denken und ein integriertes nationales Sicherheitsmanagementsystem.

In der NATO hat Polen die Entwicklung der Streitkräftestruktur im Ostseeraum aktiv vorangetrieben. Dazu gehören die Umwandlung des in Stettin stationierten Multinationalen Korps Nord-Ost in ein Hauptquartier mit hoher Einsatzbereitschaft, die Einrichtung von zwei Hauptquartieren für multinationale Divisionen – Nord-Ost in Elbląg (Polen) und Nord in Ādaži (Lettland) – sowie die Verstärkung der NATO-Präsenz vor Ort (vier Bataillone in jedem der drei baltischen Staaten und in Polen). Zusätzlich bemüht man sich um weitere bilaterale Zusicherungen seitens der USA. In den letzten Jahren wurde Polen zur Drehscheibe der US-Armee für die gesamte Ostflanke, wobei verschiedene Einheiten von den baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer rotierten. Die US-Militärpräsenz in Polen besteht unter anderem aus dem vorgeschobenen Hauptquartier des V. Korps und dem vorgeschobenen Divisionskommando, einer rotierenden gepanzerten Kampfbrigade, einer Kampffliegerbrigade, Lufttransporteinheiten und unbemannten Drohnen vom Typ MQ-9.

Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten

Polen nimmt in der Sicherheitsarchitektur der nordöstlichen Flanke der NATO eine einzigartige Stellung ein. Das Land ist Stützpunkt für die von den USA geführte NATO-Battlegroup und regionales Drehkreuz für militärische Aktivitäten seiner Verbündeten. Darüber hinaus unterhält Polen



Militärisch verstärkt präsent – polnische Minensucher in der Ostsee

enge militärische Beziehungen zu Litauen, Lettland und Estland, was die Anwesenheit polnischer Streitkräfte in den baltischen Staaten beinhaltet. Auf politischer Ebene sind der sicherheits- und verteidigungspolitische Dialog und Konsultationsstrukturen gut etabliert – er findet im Rahmen von Treffen der polnischen und baltischen Präsidenten, Ministerpräsidenten, Verteidigungs- und Außenminister sowie im Rahmen des Bukarester Neuner-Formats (bei dem die Mitglieder der NATO-Ostflanke zusammenkommen) statt. Ergänzt wird dies durch Gespräche der Sicherheitsberater der baltischen sowie des polnischen Präsidenten. Die baltischen Staaten und Polen teilen die Vorstellung von einer Bedrohung seitens Russlands, die als die größte Herausforderung für ihre Souveränität und territoriale Integrität angesehen wird. Darüber hinaus vertreten sie gemeinsame Sicherheitsinteressen in der NATO wie transatlantische Einheit, Konzentration auf kollektive Verteidigung und Abschreckung sowie sichtbare und kampfbereite verbündete Streitkräfte in der Region. In den letzten Jahren hat Polen einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit der baltischen Staaten geleistet. Im Rahmen der NATO hat es regelmäßig Flugzeuge für die Baltikum-Luftraumüberwachung abgestellt und eine Panzerkompanie in die von Kanada geführte NATO-Battlegroup in Lettland entsandt. Des Weiteren hat Polen seine Beteiligung an Militärübungen nördlich der polnisch-litauischen

Grenze verstärkt. So fanden 2018 die groß angelegten Anakonda-Übungen der polnischen Streitkräfte nicht nur in Polen, sondern auch auf dem Gebiet der baltischen Staaten statt. Darüber hinaus existiert eine polnisch-baltische Zusammenarbeit im Bereich der Cyberverteidigung, sowohl im Rahmen der NATO als auch in der EU.

Litauen ist der engste militärische Partner Polens unter den baltischen Staaten. Diese Partnerschaft umfasst Treffen des neu gegründeten litauisch-polnischen Verteidigungsministerrats, die Entwicklung der litauisch-polnisch-ukrainischen Brigade („Litpolukrbrig“), sowie die Zusammenarbeit von Spezialeinheiten. Dabei konzentriert sich die Kooperation auf Übungen zur Sicherung der sogenannten Suwałki-Lücke – ein schmaler Landkorridor, der die westlichen Verbündeten mit den baltischen Staaten über polnisches Gebiet verbindet.

Darüber hinaus arbeiten Polen und die baltischen Staaten an zwei grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten: Die *Rail Baltica*-Eisenbahnlinie und die *Via Baltica*-Autobahn. Diese Verbindungen würden nicht nur den Zivil- und Handelsverkehr fördern, sondern auch die militärische Mobilität verbessern. Polen und die baltischen Staaten arbeiten auch im Bereich der Energiesicherheit zusammen, indem sie neue Gasverbindungen errichten, sich gegen Nord Stream 2 aussprechen und die Stromnetze der baltischen Staaten mit dem kontinentaleuropäischen Netz verknüpfen. Zuletzt ist die Drei-Meere-Initiative zu erwähnen, in der sich die mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder zusammengeschlossen haben, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Verkehr und Digitalisierung voranzutreiben.

Kooperation mit den nordischen Staaten

Die in jüngster Zeit erfolgte Stationierung von F-16-Kampfflugzeugen der polnischen Luftwaffe in Keflavik/Island zur Unterstützung der isländischen NATO-Luftraumüberwachungsmission ist ein Zeichen für das wachsende Interesse Polens am Norden. Dennoch ist der Beitrag Polens zur Sicherheit der Nordflanke nach wie vor bescheiden. Die Entsendung einer Fregatte und von 400 Soldaten nach Norwegen während der *Trident Juncture*-Übung 2018 und die Teilnahme an der Ständigen NATO-Minenabwehrgruppe 1 sind zwei bemerkenswerte Ausnahmen. Auf politischer und militärischer Ebene hat sich die nördliche Gruppe, in der Polen, Deutschland, die Niederlande, das Vereinigte Königreich sowie

die nordischen und baltischen Staaten vertreten sind, zu einer Plattform zur Debatte von Verteidigungsfragen in Nordeuropa entwickelt. Obwohl Polen und die nordischen Staaten unterschiedliche politische Kulturen und Wirtschaftssysteme haben, betrachten sie die Sicherheitslage in der Region und die russische Bedrohung aus ähnlichen Blickwinkeln.

Dank ihrer gut entwickelten Rüstungsindustrie beteiligen sich die nordischen Staaten aktiv an der Modernisierung der polnischen Streitkräfte. Die Beschaffung von bodengestützten Anti-Schiffs-Raketensystemen von der norwegischen Firma Kongsberg und die Zusammenarbeit mit der finnischen Firma Patria bei der Herstellung von gepanzerten *Rosomak*-Fahrzeugen für das polnische Heer sind zwei Beispiele. 2015 sowie 2017 unterzeichnete Polen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich mit den militärisch bündnisfreien Staaten Schweden und Finnland. Das Multinationale Korps Nord-Ost – ein von Polen, Dänemark und Deutschland gemeinsam

gegründetes NATO-Hauptquartier – ist das Vorzeigeprojekt der polnisch-dänischen Militärkooperation. Beide Länder sind auch dabei, mit der *Baltic Pipe* ein

Polen hat für die nordöstliche Flanke der NATO eine einzigartige Stellung.

strategisches Energieinfrastrukturprojekt fertigzustellen. Dabei handelt es sich um eine Erdgaspipeline, die von Norwegen über Dänemark nach Polen führt und einen neuen Gasversorgungskorridor für den europäischen Markt schaffen soll, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu vermindern. Die *Baltic Pipe* wird – gemeinsam mit anderen Verbindungsleitungen in der Region – Gaslieferungen von Norwegen nach Finnland durch Dänemark, Polen und die baltischen Staaten ermöglichen.

Perspektiven

Ausgelöst durch die Entwicklungen in Weißrussland und zeitgleich mit den massiven russisch-weißrussischen Zapad-Übungen hat die Migrationskrise des Jahres 2021 an den Grenzen Polens, Litauens und Lettlands einmal mehr gezeigt, dass die Region vor gemeinsamen Sicherheitsherausforderungen steht. Daher sind regionaler Zusammenhalt, Informationsaustausch und enge Zusammenarbeit in Krisensituationen von zentraler Bedeutung. Angesichts einer Reihe einseitiger und protektionistischer Entscheidungen während der Covid-19-Pandemie ist es unerlässlich, das Vertrauen zwischen den nordischen und baltischen Ländern wiederherzustellen.

Der wachsende internationale Wettbewerb wird die strategische Bedeutung des nordischen und baltischen Raums als potentieller Krisenherd zwischen der NATO und Russland weiter verstärken. Polen sollte seine NATO-Verbündeten auffordern, ihr militärisches Engagement in der Region zu erhöhen und groß angelegte Übungen an der nordöstlichen Flanke durchzuführen, um die baltischen Staaten zu stärken. Dies würde zur regionalen Abschreckung beitragen und den Willen und die Fähigkeiten der NATO zum Schutz kleinerer Mitgliedstaaten demonstrieren. Warschau sollte sich zudem stärker an militärischen Übungen im Norden beteiligen, zum Beispiel an der *Arctic Challenge Exercise* (Luftwaffe). Zusätzlich sollte Polen seine Zusammenarbeit mit den nordischen und baltischen Staaten intensivieren, um von den umfangreichen Erfahrungen dieser Länder in den Bereichen Zivilschutz, Versorgungssicherheit und territoriale Verteidigungskräfte zu profitieren. Auch sollten neue Bereiche wie Cyberspace und Weltraumpolitik in der Kooperation Polens mit seinen Nachbarn stärkere Beachtung finden. 🌐

Aus dem Englischen von Thomas Zelt



Piotr Szymański

geb. 1990, studierte am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Warschau, Mitarbeiter im Programm für regionale Sicherheit am Warschauer Zentrum für Oststudien (OSW) mit Forschungsschwerpunkt zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik der nordischen und baltischen Staaten

Piotr.Szymanski@osw.waw.pl

ANZEIGE



WeltTrends 122 | Februar 2016

Polen international

Nach EU- und NATO-Beitritt festigt Polen seine Rolle in der internationalen Gemeinschaft. Im Ostseeraum bringt Warschau die verschiedenen Akteure zusammen und macht die Region für Wirtschaft und Wissenschaft attraktiv. Global will Polen durch eine strategische Partnerschaft mit China Ungleichgewichte im Außenhandel beheben und Gestaltungsraum in Asien gewinnen.

Weiterhin: Der vergessene Krieg im Jemen, die CETA-Abstimmung im Bundestag und der Mordfall Olof Palme.

Warten auf bessere Zeiten

Die polnisch-schwedischen Beziehungen

Maciej Giers

Polen und Schweden sind Nachbarn, auch wenn sie keine direkte Landgrenze haben. Beide Länder teilen eine gemeinsame Geschichte sowie die Ostsee und ihre Anrainerstaaten als gemeinsame Nachbarschaft. Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts, vor allem nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union, ist die Nachbarschaft in vielen Bereichen zu einer engen Zusammenarbeit geworden. Leider gibt es auch Probleme, die die gegenseitigen Beziehungen beeinträchtigen. Der Beitrag gibt einen Überblick über den Stand der Beziehungen und gemeinsame Projekte der letzten Jahre.

Polen und Schweden haben eine ähnliche Politik gegenüber den östlichen Nachbarn. Es war kein Zufall, dass diese beiden Länder angesichts der aggressiven Haltung der Russischen Föderation in Georgien 2008 die Gründung der Östlichen Partnerschaft angeregt haben. Das Ziel war, die „östliche Dimension der EU“ zu verstärken und die ehemaligen Sowjetrepubliken als souveräne Staaten zu betrachten. Schweden teilt bis heute mit Polen die Sicht, dass Russland die größte Bedrohung für die Sicherheit der Region darstellt. Dies hat zur Folge, dass sowohl Schweden wie auch Polen ihre Verteidigungsbudgets seit 2014 erhöhten und auch bei Manövern im Ostseeraum kooperieren. Von der großen Sorge über die russische Außenpolitik in Stockholm zeugt etwa, dass Schweden sich im Jahr 2020 durch eine Entscheidung des Parlaments formell die strategische Option eines NATO-Beitritts garantierte, was mit der wachsenden Bedrohung durch Russland begründet wurde.¹ Des Weiteren eint Polen und Schweden ihre Einschätzung der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland 2020 – wie auch Litauen und Deutschland haben sie den Wahlsieg von Alexander Lukaschenko nicht anerkannt.²

1 Duxbury, Charlie (2020): Sweden edges closer to NATO membership. In: Politico.eu, 22.12.2020; vgl. <https://www.politico.eu/article/sweden-nato-membership-dilemma/>.

2 Nowiński, Adam (2020): Polska zareagowała jak Szwecja, Niemcy i Litwa, nie uznajemy zaprzysiężenia Łukaszenki. In: [natemat.pl](https://natemat.pl/23.09.2020), 23.09.2020; vgl. <https://natemat.pl/321121,panstwa-nie-uznaja-zaprzysiezenia-lukaszenki-wsrod-nich-polska-i-niemcy>.

Eine wichtige Initiative ist der Bau der Offshore-Gaspipeline *Baltic Pipe*, die ab 2022 Erdgas von Norwegen nach Polen transportieren soll. Die Pipeline führt durch Dänemark und die ausschließliche Wirtschaftszone Schwedens und wird mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union als ein Gemeinschaftsprojekt des polnischen Fernleitungsnetzbetreibers Gaz-System und des dänischen Betreibers Energinet gebaut. Im Frühjahr 2020 erteilte die schwedische Verwaltung alle Genehmigungen. Laut polnischer Seite wurde 2021 die Verlegung eines rund 100 Kilometer langen Abschnitts in schwedischen Gewässern abgeschlossen. Das Hauptziel der *Baltic Pipe* ist es,

In jüngster Zeit traten in den bilateralen Beziehungen etliche Probleme auf.

Polen unabhängig von russischen Gaslieferungen zu machen – der langfristige Vertrag mit Gazprom läuft 2022 aus – und die klimaschädliche Kohle in der Energiegewinnung durch das weniger emissionsintensive Erdgas zu ersetzen. Der Bau der *Baltic Pipe* bringt auch für Schweden Vorteile. Da dieses über keine eigene Erdgasförderung verfügt, ist Stockholm vollständig auf Lieferungen über Dänemark angewiesen. Beide Staaten besitzen einen gemeinsamen, integrierten Gasmarkt. Der Ausbau des dänischen Fernleitungsnetzes verbessert dessen Flexibilität, ermöglicht Gasimporte direkt aus Norwegen (unter Umgehung Deutschlands) und erhöht gleichzeitig die Diversifizierung der Versorgungsquellen Schwedens. Entsprechend ist es sinnvoll, die *Baltic Pipe* nicht als rein polnisch-dänisches Projekt zu sehen, sondern durch die Rolle Norwegens und Schwedens als ein polnisch-skandinavisches.³

Herausforderungen auf hoher See

In jüngster Zeit sind auch in den polnisch-schwedischen Beziehungen sowohl aus zivilen als auch aus militärischen Gründen Probleme aufgetreten. Dazu gehören die langwierigen Verhandlungen über den Kauf zweier alter schwedischer U-Boote durch Polen, die von Saab saniert und im Rahmen der Überbrückungslösung des *Orka*-Programms nach Polen geliefert werden sollten. Dieser Kauf sollte der polnischen Marine helfen, die Fähigkeit zur Durchführung von Unterwassereinsätzen und

3 <https://www.gaz-system.pl/nasze-inwestycje/integracja-z-europejski-systemem/baltic-pipe/>.

zur Ausbildung von Seeleuten zu verbessern. Für die schwedische Seite würde eine Einigung nicht nur Arbeitsplätze in der Werft von Saab sichern, sondern auch die Chancen auf den lukrativen Auftrag für die zu bestellenden polnischen U-Boote erhöhen. Das schwedische Parlament bestätigte im Jahr 2020 das Mandat der Regierung in dieser Angelegenheit, aber im Februar 2021 erklärte der polnische Verteidigungsminister, dass die Verhandlungen „nicht in die richtige Richtung gehen“,⁴ was Aussetzung oder Beendigung bedeutet. Im Februar 2021 wurde der Rumpf des Kriegsschiffs Artemis, das von der Nauta-Werft für die schwedische Marine hergestellt werden sollte, nach Schweden geschleppt. Laut Medienberichten wurden die Arbeiten an dem Schiff im Jahr 2020 eingestellt und werden voraussichtlich von schwedischer Seite in Eigenregie abgeschlossen.⁵

Durch das mit EU-Mitteln durchgeführte Fährprojekt Swinemünde-Ystad gibt es auch Probleme in der zivilen Schifffahrt zwischen Warschau und Stockholm. Bereits 2019 sollten moderne, mit Flüssiggas (LNG, Liquefied Natural Gas) betriebene Fähren ihren Betrieb aufnehmen. Die polnische Seite sollte diese bauen und die schwedische Seite die Hafeninfrastuktur in Ystad modernisieren. Während die Gemeinde Ystad ihren Teil der Aufgabe erfüllt hat, endete der Bau der Fähren in der polnischen Werft mit der Kiellegung. Vertreter der schwedischen Kommune argumentierten bei einer Anhörung des zuständigen Senatsausschusses, dass Polen, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, zum Verlust von EU-Mitteln beitragen könne. In diesem Zusammenhang befürchtet die Gemeinde finanzielle Verluste, wodurch Investitionen in anderen Bereichen – z. B. in Renten oder Krankenhäuser – nicht realisiert werden könnten.⁶ Dieser Fall beeinträchtigt das Image Polens als verlässlicher Partner und könnte auf schwedischer Seite zu einem messbaren finanziellen Schaden führen. Es verzögert auch die Umstellung der Ostseeschifffahrt, die gemäß internationalen Verpflichtungen (IMO, Schwefelrichtlinie) auf alternative ökologische Kraftstoffe umsteigen muss.

4 Szeff MON: Stawiamy na budowę polskich okrętów obrony wybrzeża. In: PolskieRadio.pl, 23.02.2021; vgl. <https://www.polskieradio.pl/7/129/Artykul/2684767,Szeff-MON-stawiamy-na-budowe-nowych-polskich-okretow-obrony-wybrzeza>.

5 Zagórski, Sławek (2021): Artemis, niewykorzystana szansa polskich stoczni. In: Menway, Interia.pl, 16.02.2021; vgl. <https://menway.interia.pl/militaria/news-artemis-niewykorzystana-szansa-polskich-stoczni,nld,5053336>.

6 Birgersson, Petter (2019): Polens affärer angår Ystad. In: Ystad Allehanda, 30.06.2019; vgl. <https://www.ystadsallehanda.se/ledare/polens-affarer-angar-ystad/>.

Politische Differenzen und das Bild in den Medien

Die Verstimmungen in den polnisch-schwedischen Beziehungen liegen nicht nur an dem Scheitern einiger Projekte, sondern auch an unterschiedlichen Visionen und ideologischen Einstellungen der Regierungen in Warschau und Stockholm. Schweden wird seit 2014 von einer Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen regiert. Zudem erlebte Schweden die Migrationskrise 2015, die dazu führte, dass Schweden bis 2016, als die Grenzkontrollen verschärft wurden, den höchsten Prozentsatz an Asylbewerbern pro Kopf in der gesamten Europäischen Union hatte. Schweden ist auch ein starker Befürworter des Systems der Umsiedlung von Migranten. Wichtige Themen sind für die Regierung in Stockholm auch Gleichstellung und Frauenrechte (z. B. die Idee einer feministischen Außenpolitik, initiiert vom ehemaligen Außenminister), LGBTQ-Anliegen und Umweltfragen. Schweden hat sich klare Klimaziele gesetzt, darunter eine hundertprozentige Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen oder ein Verbot der Förderung von Kohlenwasserstoffen und Kohle bereits im Jahr 2022 (obwohl es derzeit keine entsprechende Gesetzgebung gibt). Des Weiteren hat Schweden kürzlich seine Unterstützung für die Position der Europäischen Kommission zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in Polen zum Ausdruck gebracht.⁷

Die nationalkonservative Regierung in Polen wehrt sich gegen Vorwürfe der Rechtsstaatsverletzung und schließt jede Intervention von EU-Institutionen in dieser Angelegenheit aus. Bemerkenswert ist auch, dass während unter der Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) seit 2015 das Abtreibungsgesetz verschärft und eine Familien- und Frauenpolitik betrieben wurde, welche extrem konservativ ist und kaum Platz für alternative Lebensweisen zulässt. Darüber hinaus investierte Polen bis 2018 noch in kohlebasierte Energie, widersetzte sich dem EU-Klimaneutralitätsziel und der Erhöhung der Zwischenziele für 2030.

Diese unterschiedlichen Konzepte beeinflussen das Bild beider Länder in den Medien des jeweils anderen Landes deutlich. In der schwedischen Presse, vor allem in den Linksparteien nahestehenden Medien, ist das Bild Polens eindeutig negativ. Polen erscheint auf den Seiten schwedischer Zeitungen fast ausschließlich im Zusammenhang mit in der schwedischen Öffentlichkeit umstrittenen Fragen, ideologischen Entscheidungen sowie dem hohen

7 <https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2021/07/regeringen-stodjer-eu-kommissionen-i-mal-mot-polen/>.

CO₂-Fußabdruck der polnischen Wirtschaft. Auch das Bild von Schweden in den polnischen Medien, insbesondere in den der Regierungspartei nahestehenden Medien, ist alles andere als neutral und erscheint hier hauptsächlich im Kontext von Migration oder Weltanschauungsliberalismus.

Wende notwendig!

Polen und Schweden bleiben enge Partner in der Europäischen Union und teilen auch die Vision einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Die vorhandenen Probleme sind eher vorübergehend und resultieren vor allem aus den ideologischen Unterschieden zwischen den Regierungen beider Länder. Misserfolge in Wirtschafts- und Militärprojekten behindern das gegenseitige Vertrauen. Daher braucht es in den polnisch-schwedischen Beziehungen eine Wende, die den bilateralen Beziehungen einen neuen Kurs gibt. 🌐

Maciej Giers

geb. 1996, Master an der Universität Warschau; Analyst für Energiemärkte und Skandinavien in Esperis Consulting. Mitarbeiter des Portals Przegląd Baltycki

g.maciej96@gmail.com



WeltTrends 157 | Februar 2019 Polen und sein Osten

Die kommenden Generationen sollen es schaffen! So die hoffnungsvolle, aber resignierende Botschaft. Es geht um die Beziehungen Polens zu seinen östlichen Nachbarn. Groß ist der Widerspruch mit Russland. Und da kommt Deutschland in den Blick. Deutschland hat strategische Interessen gegenüber Russland – diese sind politischer und ökonomischer Natur, auch historische Verantwortung kommt hinzu. Dies sei jedoch mit den polnischen Interessen nur schwer vereinbar. Nord Stream 2 steht paradigmatisch dafür.

„Es bleibt in der Familie“

Die Beziehungen zwischen Polen und Litauen

Adam Petrétis und Aleksandra Smoczyńska

Angesichts einer jahrhundertlangen gemeinsamen Geschichte, engen diplomatischen Beziehungen und ähnlichen außenpolitischen Orientierungen waren und sind Polen und Litauen geradezu dazu bestimmt, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Heute mögen die jeweiligen nationalen Geschichtsschreibungen unterschiedliche Deutungen zu den prägenden Kapiteln der bilateralen Beziehungen haben. Doch nach 1990 verliefen die Geschicke beider Nationen einmal mehr parallel und die außenpolitische Zusammenarbeit ist außerordentlich stark.

Seit drei Jahrzehnten gibt es starke politische und diplomatische Beziehungen zwischen Polen und Litauen. Jedoch sind diese durch Streitigkeiten in Verbindung mit Identitäts- und Minderheitenfragen belastet. Auch wenn diese Zeit lange zurückliegt, so beeinflussen die Folgen von vier Jahrhunderten gemeinsamer Staatlichkeit bis heute die Beziehungen zwischen Polen und Litauen. Diese „schwierige Ehe“ begann als Verteidigungskooperation zwischen dem Großherzogtum Litauen und dem Königreich Polen im Jahr 1385 und führte zur Gründung der Lubliner Union im Jahr 1569. Dies hatte wiederum einen massiven sozialen und kulturellen Austausch zur Folge, der auch die Demografie beider Staaten verändern sollte. So bestand etwa die Bevölkerung von Vilnius kurz nach der Unabhängigkeitserklärung der Republik Litauen im Jahr 1918 zu 60 Prozent aus Polen und nur zu 2 Prozent aus Litauern.¹

Unterschiedliche Erinnerungen

Die Erinnerung an einen gemeinsamen multinationalen Staat, der eine gemeinsame Außen-, Militär- und Währungspolitik hatte, ist in beiden Nationen unterschiedlich. So sprachen die litauischen Eliten des 19. Jahrhunderts über den Schaden, den litauisches Brauchtum und

1 Srebrakowski, A. (2020): The Nationality Panorama of Vilnius. In: Studia z Dziejów Rosji i Europy Środkowo-Wschodniej, 55(3), 33.



Gemeinsamer Staat – Polen und Litauen um 1670

Staatlichkeit durch die jahrelange Polonisierung genommen hätten und bemängelten, dass Litauen auf eine politische Nebenrolle reduziert worden sei. Die Polen sahen in diesem Bündnis die Chance zur Ausweitung ihrer politischen Einflussphären – auch durch etablierte polnische Verwaltungstraditionen. In Verbindung mit der litauischen Bevölkerungsstruktur resultierte dieses Denken im folgenschwersten Zusammenbruch der beidseitigen Beziehungen, einer Aktion unter falscher Flagge, die auch als „Żeligowski's Meuterei“ bekannt ist und im Oktober 1920 zur Besetzung von Vilnius durch polnische Truppen und in der Zwischenkriegszeit buchstäblich zur Feindschaft zwischen beiden Staaten führte.

Die Frage der Minderheitenrechte

Trotz des kontinuierlichen Rückgangs der polnischen Bevölkerung in Litauen im Zuge des 20. Jahrhunderts ist die polnische Minderheit

mit einem Anteil von 6,6 Prozent nach wie vor die größte im Lande.² Die umstrittene Frage der Minderheitenrechte sollte mit dem Freundschaftsvertrag von 1994 geregelt werden, doch zahlreiche polnische Wissenschaftler verweisen auf die Nichteinhaltung dieses Vertrags durch Litauen. Zu den strittigen Klauseln gehören das Fehlen zweisprachiger Straßenschilder, die Nichtanerkennung des Polnischen als offizielle Landessprache sowie die Ablehnung polnischer Nachnamens-Schreibweisen.³ Im Gegensatz dazu werden der litauischen Minderheit in Polen diese Rechte zugestanden.

Diese Asymmetrie drückt sich auch in Zahlen aus. In Litauen ist die zweitgrößte ethnische Minderheit nach den Polen die russische, mit 5,8 Prozent der Bevölkerung (Stand 2011). Die Gewährung aller oben angeführten Rechte an eine große Minderheit würde diese automatisch auch

Die Erinnerung an einen multinationalen Staat wirkte sich unterschiedlich aus.

auf andere Minderheiten ausdehnen, was die Verwundbarkeit Litauens gegenüber seinem östlichen Nachbarn weiter erhöhen könnte. Auf der anderen Seite ist die litauische Minderheit

in Polen ungleich kleiner⁴ und stellt einen deutlichen geringeren Bevölkerungsanteil unter den ethnischen Gruppen des Landes. Die Gewährung umfassenderer Minderheitenrechte an diese Gruppen bedeutet für Polen folglich kein vergleichbares sicherheitspolitisches Risiko.

Auch wenn Minderheits- und Identitätsfragen für heftige öffentliche Debatten sorgen, so ist der politische wie auch der kulturelle Diskurs nach wie vor auf Versöhnung ausgerichtet. So treffen sich die Präsidenten sowie Persönlichkeiten aus beiden Ländern, um gemeinsame historische Ereignisse sowie die jeweiligen Unabhängigkeitstage zu begehen. Gleichzeitig soll auf diese Weise die Idee des „Brückenbaus“ und einer einvernehmlichen Ergänzung der polnischen und litauischen Identität gefördert werden.⁵ Auch zeitgenössische Romanciers

2 Stand 2011, Official Statistical Portal of Lithuania, vgl. <https://osp.stat.gov.lt/en/statistiniu-rodikliu-analize?id=1353&status=A#> (Zugriff am 22.09.2021).

3 Górecki, D. (2013): Realizacja praw mniejszości polskiej na Litwie i mniejszości litewskiej w Polsce. *Dziedzictwo Pogranicza*.

4 Im Jahre 2011 waren es 0,02 Prozent der Gesamtbevölkerung, National Census, vgl. <https://www.gov.pl/web/mniejszosci-narodowe-i-etniczne/litwini> (Zugriff am 22.09.2021). Der höchste Prozentsatz angegebener litauischer Staatsangehörigkeit wurde in kleinen grenznahen Ortschaften wie Puńsk (75%) festgestellt. In der Woiwodschaft Masowien (einschließlich Warschau) sind es nur 446 Personen.

5 Jerzy Giedroyc Honorowym Obywatelem Litwy, vgl. <https://www.polskieradio.pl/62/648/Artykul/262448,Jerzy-Giedroyc-Honorowym-Obywatelem-Litwy> (Zugriff am 22.09.2021).

tragen dazu bei, die Wahrnehmung der gemeinsamen Geschichte zu verändern. So stellt der litauische Historien-Bestseller „Silva Rerum“ von Kristina Sabaliauskaitė die Geschichte der Lubliner Union als eine Zeit der Toleranz und als fruchtbaren Boden für weltanschaulichen Austausch dar.

Diplomatische Zusammenarbeit verstärkt

Nach der Auflösung des Ostblocks traten beide Länder der NATO bei – Polen 1999 und Litauen 2004. Zudem wurden beide Länder im Zuge der „Big Bang“-Erweiterung von 2004 Mitglieder der EU. Die Diskussionen über den Beitritt fanden dabei in einem fragilen Umfeld statt, da in beiden Ländern bis 1993 russische Truppen stationiert waren, ihre jeweilige Außenpolitik erst im Entstehen war und sich die Beziehungen zwischen Polen und Litauen etwas halbherzig ausnahmen. Trotz anfänglichen Misstrauens in Vilnius ergriff Warschau die Initiative bei der Förderung der bilateralen Beziehungen.

Trotz des Größen- und Machtgefälles zwischen den beiden Ländern stehen Polen und Litauen ganz vorn, wenn es um die Demokratisierung im postsowjetischen Raum geht. So verfolgen beide Länder gegenüber ihren östlichen Nachbarn ähnliche Ziele: Sie an die politischen und militärischen Strukturen des Westens heranzuführen, ihre Gesellschaften zu stärken und einer Ausweitung des russischen Einflusses entgegenzuwirken. Die ersten Gelegenheiten für diplomatische Koordination ergaben sich während der „Orangen Revolution“ in der Ukraine im Jahr 2004 sowie während des russisch-georgischen Krieges im Jahr 2008, als Polen und Litauen gemeinsam mit ihren regionalen Partnern die von der EU unterstützten Vermittlungen anführten. Die Ereignisse, die großes Medieninteresse fanden, wurden in Vilnius und Warschau mit Entsetzen aufgenommen und waren Anstoß dafür, die euro-atlantischen Integration der Ukraine und Georgiens zu unterstützen. Dazu mussten Polen und Litauen sowohl die Formulierung als auch die Umsetzung ihrer jeweiligen Strategien anpassen und entwickelten sich so zu regelrechten „Spezialisten“ in Sachen EU-Ostpolitik. Derweil sahen sich die Verantwortlichen in Brüssel mit den gänzlich anderen Sensibilitäten der EU-Neuankömmlinge gegenüber

Polen und Litauen unterstützen die Demokratisierung im postsowjetischen Raum.

Russland konfrontiert, was zu einer mühsamen Umgestaltung der EU-Ostpolitik führte.⁶

In der Ukrainekrise der Jahre 2013 und 2014 unterstützten Polen und Litauen einhellig die ukrainische Zivilgesellschaft. Gleichzeitig verurteilten beide Länder die russische Annexion der Krim und weigerten sich, diese zu akzeptieren. In den folgenden Monaten machten Warschau und Vilnius in Brüssel Druck für Sanktionen gegen Russland, stellten Kiew humanitäre und militärische Hilfe zur Verfügung und setzten sich in EU, NATO und den Vereinten Nationen für die ukrainischen Interessen ein. Die trilateralen Beziehungen wurden später in Form der 2016 gegründeten polnisch-litauisch-ukrainischen Brigade „Litpolukbrig“ sowie der 2020 begründeten Kooperationsplattform Lubliner Dreieck institutionalisiert.

Zur nächsten Krise im postsowjetischen Raum kam es 2020 in Belarus, nachdem die von Präsident Lukaschenko betriebenen Wahlfälschungen mit einer Welle friedlicher Demonstrationen beantwortet wurden. Als die ersten Proteste in Belarus begannen, reagierten Vilnius und Warschau umgehend, indem sie Lukaschenko zum Rücktritt aufforderten, sich für Sanktionen gegen Minsk einsetzten und die Demonstranten unterstützten. Polen und Litauen haben zudem belarussische Dissidentenführer sowie Personen aufgenommen, die infolge der Repressionen geflohen sind. Ganz nach dem Vorbild der Ukrainekrise setzten sich Warschau und Vilnius für eine stärkere Reaktion der EU ein, inklusive Sanktionen. Dies galt insbesondere nach der erzwungenen Landung einer Ryanair-Maschine in Minsk und der vom belarussischen Regime herbeigeführten Migrationskrise im Jahr 2021. Darüber hinaus intensivierte die Krise die Zusammenarbeit zwischen Polen und Litauen, wobei sich beide Länder in Reaktion auf den Migrationsdruck mit operativen Hilfsmaßnahmen unterstützen, bilateral absprechen und gemeinsame Erklärungen abgeben. In Zukunft werden Polen und Litauen weiterhin gemeinsam auf die Situation in Belarus reagieren, die belarussische Zivilgesellschaft unterstützen und sich bei EU und den westlichen Partnern dafür einsetzen, schärfere Maßnahmen zu ergreifen und schneller auf Lukaschenkos Provokationen zu reagieren.

Vytautas Landsbergis, der erste Präsident des unabhängigen Litauens, hat den Stand der polnisch-litauischen Beziehungen auf den Punkt

6 Krasnodębska, Molly (2021): Politics of stigmatization: Poland as a 'latecomer' in the European Union. Palgrave Macmillan, S. 145-147.

gebracht, als er bei den diesjährigen Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen sagte: „Letzten Endes wissen wir, dass wir zusammenstehen müssen. Wir wissen, dass zweitrangige Fragen dort bleiben sollten, wo sie hingehören“.⁷ Durch eine schwierige Geschichte miteinander verbunden, sollten sich Polen und Litauen in multilateralen Foren um gegenseitige Unterstützung in Bereichen bemühen, die für beide Staaten Priorität haben, so etwa Energie, Sicherheit und Wirtschaft. Ihr gemeinsames Engagement hinsichtlich der Lage in den Nachbarstaaten und ihre Reaktion auf die Strategie Russlands zeigen, dass sie in zentralen Fragen ihrer Außenpolitik erfolgreich zusammenarbeiten können. Dies bedeutet nicht, wiederkehrende Fragen und Probleme zu ignorieren, sondern zu lernen, sie auch aus der Perspektive des anderen Partners wahrzunehmen. 🌐

Aus dem Englischen von Angela Unkrüer

⁷ Radczenko, A. (2021). Wolni z Wolnymi. 30-lecie nawiązania stosunków między Polską a Litwą. Kurier Wileński, vgl. <https://kurierwilenski.lt/2021/09/06/wolni-z-wolnymi-30-lecie-nawiazania-stosunkow-miedzy-polska-a-litwa/> (Zugriff am 22.09.2021).

Adam Petrétis

geb. 1993, Advanced Master of Arts in European Interdisciplinary Studies am Europakolleg und Master in Angewandter Linguistik an der Universität Warschau.

adam.petrétis@coleurope.eu



Aleksandra Smoczyńska

geb. 1995, Forscherin und Dolmetscherin mit den Schwerpunkten Digitalisierung und Innovation. Sie studierte Angewandte Linguistik an der Universität Warschau und Europastudien am Europakolleg.

aleksandra.smoczynska@coleurope.eu



Die Ostsee als Tor zur Energieunabhängigkeit Polens

Mariusz Marszałkowski

Die Ostsee spielt eine wichtige Rolle für die Energiesicherheit Polens. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern waren die Staaten Mittel- und Osteuropas bei ihrer Energieversorgung vollständig von der Sowjetunion abhängig. Dazu gab es eine entsprechende Energieinfrastruktur wie die Druschba-Ölpipeline. Im Gegensatz zu Deutschland, das eine diversifizierte Energieinfrastruktur besitzt und an alle Nachbarn angebunden ist, verfügt Polen nicht über eine solche Vielfalt. Der einzige „Nachbarstaat“ Polens, der eine Diversifizierung der Energieversorgung ohne Hindernisse ermöglicht, ist die Ostsee.

Seit über einem Jahrzehnt arbeitet Polen aktiv daran, sich von Öl- und Gasimporten aus Russland unabhängig zu machen. Die Ostsee spielt dabei eine bedeutende Rolle. Heute ist Polen noch durch Pipelines mit Russland verbunden, was eine ernsthafte Bedrohung für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit darstellt, falls es zu politischen Spannungen mit Moskau kommen sollte. Russland ist, im Gegensatz zu seinen Behauptungen, kein zuverlässiger Partner. Das gilt auch für Gazprom. Dieses Unternehmen hat Gas wiederholt als Werkzeug im politischen Kampf eingesetzt. Gazprom wiederum ist jedoch nur ein Werkzeug der russischen Außenpolitik. Die Entscheidungen werden im Kreml getroffen. Wie es um die Zuverlässigkeit von Gazprom bestellt ist, kann man gegenwärtig auf dem europäischen Gasmarkt beobachten. Die Hauptspeicher von Gazprom in Deutschland, Österreich und den Niederlanden sind nur zu etwa zwölf Prozent gefüllt. Gazprom hat gelernt, Erpressung mit Samthandschuhen zu betreiben, ohne den Gashahn zuzudrehen, was seinem Ansehen in Europa schaden würde. Die Länder Mittel- und Osteuropas, die aus historischen Gründen gezwungen waren, eine enge Außen-, Wirtschafts- und Energiepolitik mit Russland zu betreiben, sind für derartige Aktionen besonders anfällig.

Erdölrettung im Notfall

Einer der wichtigsten Orte auf der polnischen Energiekarte ist das Ölterminal Naftoport in Danzig an der Ostseeküste. Nach der Modernisierung in

den letzten Jahren konnten über diese Anlage jährlich mehr als 40 Millionen Tonnen Erdöl eingeführt werden. Dieses Niveau liegt deutlich über der polnischen Nachfrage, weshalb Naftoport auch zwei deutsche Raffinerien – in Leuna und Schwedt – beliefert. Der Betrieb des Naftoport in Danzig hat sich nicht nur als Schlüsselement für die Gewährleistung der Sicherheit Polens erwiesen, sondern auch der seiner Nachbarn. Das zeigte sich bei der Ölkrise im April 2019, als in der Drushba-Pipeline eine Kontamination mit organischen Chloriden entdeckt wurde. Daraufhin wurde der Öltransit von Russland nach Polen und Deutschland sowie in die Slowakei, Ungarn und die Tschechische Republik für 46 Tage ausgesetzt. Die einzige Möglichkeit, Öl für die Raffinerien in Płock und Danzig, aber auch in Leuna und Schwedt zu importieren, war damals das Danziger Ölterminal. Im Normalbetrieb ist das Terminal mit etwa 50 Prozent seiner geplanten Kapazität pro Jahr ausgelastet.

Die Baltic Pipe ist ein wichtiges Projekt zur Diversifizierung der polnischen Erdgasimporte.

„Gas-Gate“ für Polen

Wie beim Erdöl entwickelt sich die Ostsee zu einem Tor für die Versorgung mit nicht-russischem Gas. Seit 2016 ist in Świnoujście ein LNG-Terminal in Betrieb, über das jährlich mehr als 5 Milliarden Kubikmeter Erdgas importiert werden können. Derzeit wird es ausgebaut, sodass ab 2024 über 8 Milliarden Kubikmeter Erdgas eingeführt werden können. Neben dem Gashafen in Świnoujście wird derzeit auch die Offshore-Gaspipeline *Baltic Pipe* gebaut, die ab Ende 2022 bis zu 10 Milliarden Kubikmeter Gas aus dem norwegischen Schelf transportieren wird. Die dritte Gasinvestition in der Ostsee ist der Bau des Gasterminals FSRU (Floating Storage Regasification Unit) in der Danziger Bucht. Aufgrund dieser Investitionen wird Polen ab 2025 in der Lage sein, seinen gesamten Gasbedarf, der derzeit circa 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr beträgt, unter Umgehung der östlichen Gasversorgung zu decken.

Bis vor zehn Jahren war Polen vollständig von Gaslieferungen aus einer Quelle abhängig – von der russischen Gazprom. Die Energieerpressung gegen die Ukraine im Winter 2009 machte die Diskussion über eine Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu einem Schwerpunkt der politischen Debatte in Polen. Heute kommen 60 Prozent des polnischen Gasbedarfs aus Russland. Der Rest kommt aus Katar, den USA und

anderen Ländern nach Polen. Ende 2022, wenn das langjährige, für Polen ungünstige Jamal-Abkommen ausläuft, wird Polen sicherlich nicht neue langfristige Gaslieferverträge mit Gazprom abschließen.

Eines der wichtigsten Projekte zur Diversifizierung der polnischen Erdgasnachfrage ist die Offshore-Gaspipeline von Norwegen über Dänemark nach Polen – die *Baltic Pipe*. Infolge dieser Investition werden rund 50 Prozent des polnischen Gasbedarfs aus dem norwegischen Schelf gedeckt werden, wo das staatliche Gasunternehmen PGNiG (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo S.A.) seine Produktionskapazitäten seit einigen Jahren intensiv ausbaut. Diese Investition, die bis Oktober 2022 abgeschlossen sein soll, wird Polen eine unterbrechungsfreie und relativ preiswerte Erdgasversorgung sichern.

Ostsee hilft bei der Energiewende

Das ist jedoch nicht alles, was die Ostsee dem polnischen Energiesektor in absehbarer Zeit bieten wird. Der polnische Energiemix basiert gegenwärtig zu fast 70 Prozent auf der CO₂-intensiven Stein- und Braunkohle. Infolgedessen gehört Polen zu jenen Ländern in Europa, die die enormen Kosten tragen müssen, die nicht nur mit der Umgestaltung des Energiesektors, sondern der gesamten Wirtschaft verbunden sind. Um die Ziele der EU-Klimapolitik und der Energiewende zu erreichen, wird Polen umfangreiche Investitionen in Offshore-Windparks in der polnischen Wirtschaftszone tätigen. Letztlich werden im Jahr 2040 rund 20 Prozent des Strombedarfs Polens von Windparks in der Ostsee stammen. Insgesamt könnten in den

Polen kann auch ein Tor für die Energieunabhängigkeit der MOE-Staaten werden.

kommenden zwei Jahrzehnten in der polnischen ausschließlichen Wirtschaftszone mehr als 1.000 Windturbinen mit einer Erzeugungskapazität von über 20 Gigawatt errichtet werden.

Die Energieinvestitionen in der Ostsee umfassen auch eine Stromverbindung mit Litauen im Rahmen des Harmony Link-Projekts. Diese Investition ist von strategischer Bedeutung für die baltischen Staaten, die in der Lage sein werden, sich mit dem europäischen Stromnetz ENTSO-E (European Network of Transmission System Operators for Electricity) zu synchronisieren und das postsowjetische BRELL-System zu verlassen. All diese Investitionen, so kostspielig sie auch sein mögen, dienen nicht nur der Sicherheit Polens, sondern auch seiner Nachbarn, die ebenfalls der

Energieerpressung Russlands ausgesetzt sind. Die geostrategische Bedeutung der Ostsee wird zunehmen, was auch größere Investitionen zur Wahrung der Interessen Polens im Ostseeraum erforderlich machen wird, unter anderem für die Modernisierung der polnischen Marine. Bevor Lukaschenko nach den manipulierten Wahlen seinen Terror in Belarus begann, waren intensive Vorbereitungen im Gange, um Belarus bei der Diversifizierung seiner Ölversorgung zu unterstützen. Leider werden die Milliarden-Dollar-Investitionen in der Ostsee hier nicht weiterhelfen.

In nicht allzu ferner Zukunft, wenn die Gasverbindungen mit der Slowakei, Litauen und der Ukraine fertiggestellt sind, wird Polen auch zu einem Tor für die Energieunabhängigkeit dieser Länder werden. Dies dürfte außerdem den internationalen Beziehungen auch auf anderen Ebenen zugutekommen. 🌐

Aus dem Englischen von Majd El-Safadi

Mariusz Marszałkowski

geb. 1992, Journalist und Energiemarktanalyst, spezialisiert auf Gas-, Öl- und Energiemärkte in Mittel- und Osteuropa und den postsowjetischen Ländern; Mitarbeiter der Jagiellonen-Universität in Krakau und Dozent an der Polnischen Marineakademie in Gdynia

Mariusz.marszalkowski@gmail.com



ANZEIGE

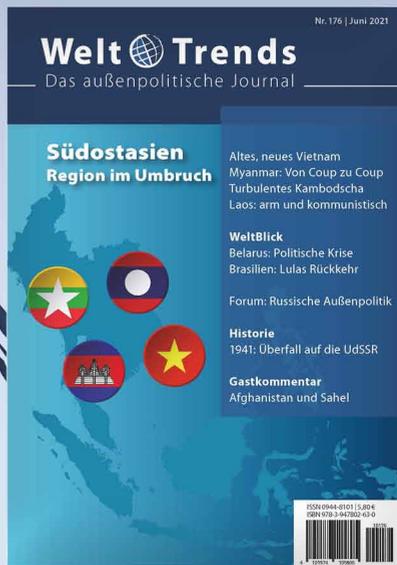
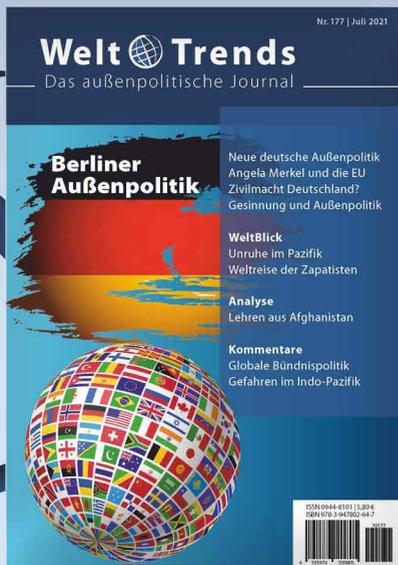
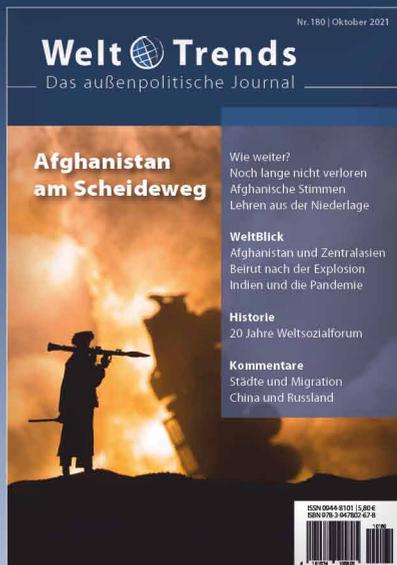


WeltTrends 170 | Dezember 2020

V4 global - Außenbeziehungen der Visegrád-Staaten

Vor 30 Jahren formierte sich die Visegrád-Gruppe mit Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Die Gruppe mischt in der EU kräftig mit, wenn es um Haushalt oder Flüchtlinge geht.

Weiterhin: Belarus und Russland.



Nr. 179 | September 2021

Welt Trends

Das außenpolitische Journal



US-Außenpolitik mit Biden

Ambivalenter Neubeginn
Bidens Afrika-Politik
Iran und der Schatten Obamas
Globaler Hegemonialkampf

WeltBlick
Fiasko Afghanistan
Wahlen in Russland
Kuba ohne Castros

Historie
100 Jahre KP Chinas

Kommentar
Ohnmacht des Westens

ISSN 0944-8101 5 804
ISBN 978-3-34702-041-1



Nr. 178 | August 2021

Welt Trends

Das außenpolitische Journal



Weltraum Konfrontation & Kooperation

multipolar
Wettrüsten im Weltraum?
Weltraumrecht ausbauen
Friedliche Nutzung

WeltBlick
Mali: Komplizierte Lage
Brexit und Großbritannien

Forum Russische Außenpolitik
30 Jahre unabhängige Ukraine

Historie
Tod von Dag Hammarskjöld

Kommentar
Das Treffen Biden-Putin

ISSN 0944-8101 5 804
ISBN 978-3-34702-041-1



Nr. 175 | Mai 2021

Welt Trends

Das außenpolitische Journal



Afrika und Europa Ein strategisches Bündnis?

Ist Partnerschaft möglich?
Neuer Pakt für Afrika
Der CFA-Franc
Portugal und Afrika

WeltBlick
Der Coup in Myanmar
China und die Korruption

Forum: Russische Außenpolitik

Analyse
Humanitäre Interventionen?

Kommentar
NATO ohne Kompass?

ISSN 0944-8101 5 804
ISBN 978-3-34702-041-1



Nr. 174 | April 2021

Welt Trends

Das außenpolitische Journal



Aufrüstung und die Folgen?

multipolar
Vergeudung von Ressourcen
Militär, Umwelt und Klima
Zwei Prozent für Biden?

WeltBlick
Was passiert in Lateinamerika?
Russland und Karabach

Forum Russische Außenpolitik

Historie
Riga 1921: Versailles des Ostens

Gastkommentar
Linke Außenpolitik zeitgemäß!

ISSN 0944-8101 5 804
ISBN 978-3-34702-041-1



Pro No First Use

Zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen

Wolfgang Schwarz

„Wenn keine Atomwaffen zuerst eingesetzt werden,
werden sie überhaupt nicht eingesetzt.“

Theodor H. Draper¹

Das Vernichtungspotenzial von Atomwaffen ist seit den US-Angriffen auf Hiroshima und Nagasaki bekannt, wobei heutige Nuklearwaffen mehrheitlich über weit größere Sprengkraft verfügen als die damaligen. Und solange Kernwaffen existieren, besteht grundsätzlich die Gefahr, dass sie irgendwann (wieder) eingesetzt werden.

Dies gilt umso mehr, da die Atommächte USA, Russland, Frankreich und Großbritannien militärdoktrinären Ansätzen folgen, die den nuklearen Ersteinsatz ausdrücklich einschließen. Seitens Pakistans gibt es mindestens offiziöse Verlautbarungen in vergleichbarer Richtung. Nordkoreas Diktator will gegebenenfalls gegen jegliche Kräfte, die versuchen, „militärische Gewalt gegen uns anzuwenden, (...) alle unsere stärksten Offensivkräfte *im Voraus* [Hervorhebung – W.S.] einsetzen, um sie zu bestrafen“.² Von Israel, das den Besitz von Atomwaffen weder bestätigt noch dementiert, ist bekannt, dass dessen damaliger Verteidigungsminister in der Anfangsphase des Jom-Kippur-Krieges 1973 vorschlug, die Nukleoptionen vorzubereiten.³

Vor diesem Hintergrund entstand bereits vor Jahrzehnten die Idee, dass sich Kernwaffenmächte generell auf das Prinzip eines *No First Use* (NFU), eines atomaren Nichtersteinsatzes, verpflichten sollten. Im Kern ginge es darum, dass Staaten, die über atomare Kampfmittel verfügen,

1 Draper, Theodor H. (1982): How Not to Think About Nuclear War. In: The New York Review of Books, July 1982; <https://www.nybooks.com/articles/1982/07/15/how-not-to-think-about-nuclear-war/> (Zugriff am 24.11.2017).

2 Zit. nach Kim Jong Un's October 10 Speech: More Than Missiles, 38north.org, October 13, 2020; <https://www.38north.org/2020/10/kjuspeech101320/> (Zugriff am 31.05.2021).

Zur nordkoreanischen Atomrüstung vgl. Kristensen, Hans M. / Norris, Robert S. (2018): North Korean nuclear capabilities, vgl. tandfonline.com, 08 Jan 2018. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00963402.2017.1413062> (Zugriff am 27.05.2021).

3 Vgl. Borgstede, Michael (2013): Als Israel atomar mobilisieren wollte, vgl. welt.de, 07.10.2013; <https://www.welt.de/geschichte/article120689681/Als-Israel-atomar-mobilisieren-wollte.html> (Zugriff am 27.05.2021).



Immer startbereit im Raketensilo

auf deren Ersteinsatz in einem militärischen Konflikt verzichten und deren Rolle darauf beschränken, ihre Anwendung durch einen Gegner abzuschrecken oder, falls dies nicht gelingt, nuklear zu kontern. Ziel ist, einen Atomkrieg wegen dessen unkalkulierbarer Folgen (Stichwort: nuklearer Winter) zu verhindern, und zugleich das Risiko eines unbeabsichtigten atomaren Austausches möglichst zu verringern sowie einen Einsatz von Kernwaffen für einen Erstschlag ebenso wie für einen Präventivschlag oder zum Zwecke nuklearer Erpressung auszuschließen. Auch der Einsatz von Atomwaffen gegen Nichtnuklearstaaten stünde damit prinzipiell unter Verdikt.

Eine vergleichbare Stoßrichtung wie NFU verfolgt ein Ansatz, der in den USA seit längerem unter der Bezeichnung *Sole Purpose* in der Diskussion ist. So hatte Joe Biden während seines Präsidentschaftswahlkampfes bekräftigt: „Wie ich 2017 sagte, glaube ich, dass der einzige Zweck [*sole purpose* – W.S.] des US-Atomwaffenarsenals die Abschreckung – und, falls nötig, die Vergeltung – eines nuklearen Angriffs sein sollte.“⁴

4 Zit. nach Becker, Sophia / Suh, Elisabeth (2021): How Biden's Plan to Limit the Role of Nuclear Weapons Challenges NATO, vgl. dgap.org, May 18, 2021, vgl. <https://dgap.org/en/research/publications/how-bidens-plan-limit-role-nuclear-weapons-challenges-nato> (Zugriff am 04.06.2021).

In der internationalen Praxis haben sich bisher lediglich China und Indien zu einer NFU-Politik bekannt. Bereits beim ersten Auftritt eines

China und Indien haben sich zu einer NFU-Politik bekannt.

Vertreters der VR China vor der UNO-Vollversammlung im Jahre 1972 gab dieser die Erklärung ab, „dass China zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Umständen als erstes Land Atomwaffen einsetzen wird“.⁵

US-Experten bestätigen die Beibehaltung dieser Linie bis heute.⁶ Indien hatte sich 1998 entsprechend erklärt, allerdings ist diese Linie seither wiederholt relativiert worden.

So alt wie die NFU-Idee selbst sind aber auch Versuche, diese prinzipiell zu diskreditieren – insbesondere mit der Behauptung, eine solche Selbstverpflichtung bleibe „im Grunde wirkungslos (...), ein leeres, nicht durchsetzbares Versprechen, das über eine Absichtserklärung nicht hinausgehe“, wie Ramesh Thakur, ein früherer stellvertretender UN-Generalsekretär und langjähriger Experte auf diesem Feld, entsprechende Anwürfe zusammengefasst hat.⁷ Andere meinen, *No First Use* gehöre zu jenen schlechten Ideen, die „trotz ihrer intellektuellen Konsistenz dazu neigen, mehr Probleme zu schaffen, als sie vorgeben zu lösen“.⁸

Was spricht für das NFU-Prinzip?

Doch ungeachtet solcher Anwürfe führen NFU-Befürworter vor allem folgende Argumente ins Feld:

- Wenn kein Land Atomwaffen (vorsätzlich) zuerst einsetzt, dann gäbe es überhaupt keinen (vorsätzlichen) Einsatz dieser Waffen. Die globale Atomkriegsgefahr wäre im Vergleich zur derzeitigen Lage drastisch reduziert. (Auch wenn das Risiko eines nichtvorsätzlichen Kernwaffeneinsatzes, etwa durch technisches oder menschliches Versagen, fortbestünde.)

5 Zit. nach Ullman, R. H. (1972): No First Use of Nuclear Weapons, vgl. [foreignaffairs.com](https://www.foreignaffairs.com), July 1972; <https://www.foreignaffairs.com/articles/1972-07-01/no-first-use-nuclear-weapons> (Zugriff am 01.06.2021).

6 Vgl. Kristensen, H.M. / M. Korda, M. (2020): Nuclear notebook: Chinese nuclear forces. thebulletin.org, December 7, 2020, vgl. <https://thebulletin.org/premium/2020-12/nuclear-notebook-chinese-nuclear-forces-2020/> (Zugriff am 27.05.2021).

7 Thakur, Ramesh (2021): Weniger ist mehr, [ipg-journal.de](https://www.ipg-journal.de), 12.05.2021, vgl. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/verzicht-ersteinsatz-von-nuklearwaffen-5180/> (Zugriff am 04.06.2021).

8 Rühle, Michael (2021): The Problem with Sole Purpose and No First Use. In: National Institute For Public Policy, Information Series, Issue No. 493, June 23, 2021, vgl. <https://transatlanticrelations.us2.list-manage.com/track/click?u=eec50dd626cf374511464e688&id=161bcfe99e&e=d9c7adc669> (Zugriff am 25.06.2021).

- Jede NFU-Selbstverpflichtung würde, wie Ramesh Thakur unterstreicht, „die normative Kraft des Tabus stärken“⁹ und die Illegitimität eines jeden Ersteinsatzes unterstreichen.
- Gegenseitige bilaterale NFU-Regimes zwischen rivalisierenden Atommächten (USA-Russland, USA-China, Indien-Pakistan, USA-Nordkorea) würde die gegenseitige Vorhersehbarkeit stärken, die Gefahr von Fehlwahrnehmungen und -einschätzungen in Krisensituationen minimieren und damit das Risiko eines Nuklearkrieges zwischen diesen Staaten reduzieren.
- Ein vertraglich vereinbartes internationales *No First Use*-Regime – beginnend mit den beiden Supermächten und mit sukzessiver Einbindung weiterer Kernwaffenstaaten – würde Spielräume eröffnen, die ständige Einsatzbereitschaft von strategischen Atomwaffensystemen zu beenden, nukleare Zielplanungen zu revidieren, Warnstufen abzusenken und die Dynamik des atomaren Wettrüstens in Gestalt von sich gegenseitig befeuernden Modernisierungsspiralen zu durchbrechen. Experten halten in diesem Kontext eine Reduzierung der globalen Kernwaffenbestände auf etwa 2.000 statt der mehr als 13.000 heute existieren Kernwaffen für möglich.
- NFU-Selbstverpflichtungen von Atommächten würden die Anreize für Staaten, „die keine Atomwaffen besitzen, verringern, sich diese zu beschaffen“.¹⁰
- Mittel- und längerfristig würde ein internationales NFU-Regime zur weiteren Delegitimierung der Atomwaffen beitragen und damit die Zielstellung des Atomwaffenverbotsvertrages unterstützen.

Bloße No First Use-Erklärungen würden nicht wirken.

Bloße *No First Use*- oder *Sole Purpose*-Erklärungen, die – etwa im Falle USA-Russland – den derzeitigen Kernwaffenbeständen, deren Strukturen und Dislozierung samt aktuellen Einsatzplanungen nur „vorgeschaltet“ würden und somit allein aufgrund der unveränderten materiellen Praxis tatsächlich jederzeit revidierbar blieben, würden vermutlich keine dieser Wirkungen entfalten können. Doch es gibt Mittel und Wege, dem daraus resultierenden Glaubwürdigkeitsdilemma von NFU-Selbstverpflichtungen

⁹ Thakur (2021), a.a.O.

¹⁰ Holdren, John P. (2020): The overwhelming case for no first use. thebulletin.org, January 1, 2020, vgl. <https://thebulletin.org/premium/2020-01/the-overwhelming-case-for-no-first-use/> (Zugriff am 31.05.2021).

beizukommen – etwa durch adäquate Anpassungen in Doktrin, Stationierung von Kernwaffensystemen und ihrer strategischen Einsatzplanung. *Mutual Detargeting* (gegenseitige Aufhebung der Zielzuweisung) strategischer Trägersysteme zum Beispiel, wie von Washington und Moskau 1994 bereits einmal vereinbart und umgesetzt (Großbritannien schloss sich seinerzeit an), wäre ein solcher Schritt. Ein anderer, besonders wirkungsvoller wäre die Reduzierung und letztlich Beseitigung der Einsetzbarkeit von Atomwaffen „aus dem Stand“ – etwa durch die von China praktizierte physische Trennung von Trägersystemen und Gefechtsköpfen in Friedenszeiten. Darüber hinaus wäre ein gegenseitiger Austausch permanenter Beobachter in den jeweiligen Kernwaffeneinsatzzentralen denkbar.

Zugleich muss allerdings im Auge behalten werden, dass Bemühungen um eine Stärkung des NFU-Prinzips zwischen den Atommächten vor prinzipiellen Hürden stehen, solange, um nur einige Kernaspekte zu nennen:

- Russland seine taktischen Kernwaffen als Rückversicherung gegen die konventionelle Bündnisüberlegenheit der NATO betrachtet;
- Pakistan mit seinem taktischen Atomwaffenarsenal dem konventionellen Übergewicht Indiens Paroli bieten will;
- Nordkorea in seinen Raketenkernwaffen den Garanten gegen einen *regime change* mittels militärischer Gewaltanwendung seitens der USA sieht und
- Israel seine Nuklearwaffen als Mittel letzter Wahl zur Gewährleistung seiner staatlichen Existenz (aktuell vor allem gegenüber Iran) bereithält.

Wer sich also dem Ziel eines internationalen *No First Use*-Regime verschriebe, hätte sich in einem sehr heterogenen und komplexen sicherheitspolitischen Umfeld zu bewegen, respektive diesem durch entsprechende flankierende Initiativen und Bemühungen Rechnung zu tragen.

Andererseits – da ist das *Sole Purpose*-Statement Bidens aus seinem Wahlkampf. Am 15. April 2021 haben Senatorin Elizabeth Warren und der Repräsentantenhaus-Abgeordnete Adam Smith im US-Kongress einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem es heißt: „Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, nicht zuerst Atomwaffen einzusetzen.“¹¹ Und die Führer

11 U.S. Nuclear Weapons Policy: Considering „No First Use“, Congressional Research Service, April 16, 2021, vgl. <https://fas.org/sgp/crs/nuke/IN10553.pdf> (Zugriff am 31.05.2021).

der beiden atomaren Supermächte haben bei ihrem Gipfeltreffen in Genf das grundlegende Statement von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan aus dem Jahre 1985 erneuert, „dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf.“¹²

Forderung

Wie wäre es, wenn eine erfahrene Organisation wie die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons/ICAN) – Initiatorin und eine der maßgeblichen treibenden Kräfte hinter dem Atomwaffenverbotsvertrag, 2017 für ihre Arbeit mit dem Friedensnobelpreis geehrt – sich als nächstes ein internationales *No First Use*-Regime auf die Fahnen schriebe und als Einlaufkurve eine Kampagne startete, die die alten Atomkräfte an ihre Verpflichtungen aus Artikel VI des NPT erinnerte und von diesen zunächst einmal die Abgabe einer negativen Sicherheitsgarantie gegenüber allen nicht nuklearen NPT-Mitgliedstaaten (nämlich: nie Atomwaffeneinsatz gegen diese!) in völkerrechtlich verbindlicher Form forderte...?! 🌐

Dieser Beitrag ist die gekürzte Version eines Textes, der unter dem Titel „No First Use: Irrweg, Ausweg – oder ...?“ am 28. Juni 2021 als Sonderausgabe des Magazins „Das Blättchen“ erschienen ist und online abgerufen werden kann: <https://das-blaettchen.de/2021/06/no-first-use-irrweg-ausweg-%e2%80%93-oder-%e2%80%a6-57676.html>

12 „U.S.-Russia Presidential Joint Statement on Strategic Stability“, June 16, 2021; vgl. https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/06/16/u-s-russia-presidential-joint-statement-on-strategic-stability/?mc_cid=f63c8108c3&mc_eid=d9c7adc669 (Zugriff am 21.06.2021).

Dr. sc. Wolfgang Schwarz

geb. 1952, Politologe und Publizist zu sicherheitspolitischen Fragen, Rüstung, Abrüstung, NATO, Russland, Chefredakteur des Online-Magazins „Das Blättchen“

dr_wolfgang_schwarz@online.de



Die zentralasiatischen Staaten und Afghanistan

Marlies Linke

Die Macht in Afghanistan ist in den Händen der Taliban. Ende August zogen die USA ihre Truppen aus Afghanistan ab, andere westliche Staaten schon früher. Bereits zuvor flüchteten circa 2,2 Millionen Personen in Nachbarländer, 90 Prozent nach Iran und Pakistan. Nach UN-Schätzungen kommen dazu 3,5 Millionen Binnenflüchtlinge. In Zentralasien verfolgen die Nachbarstaaten diese Entwicklungen aufmerksam. Es geht für sie um die eigene Sicherheit und den Umgang mit den neuen Machthabern in Kabul, wobei auch Chancen für die wirtschaftliche Kooperation bestehen.

Mit der Machtübernahme der Taliban wurden in Europa Flüchtlingsströme aus Afghanistan als potentielle Bedrohung gesehen, nicht so jedoch in Zentralasien. Das kasachische Außenministerium bestätigte Gespräche mit US-Außenminister Blinken, aber nicht die Bereitschaft, 2.000 Menschen aus Afghanistan aufzunehmen, die für die USA gearbeitet hatten. Das Land war bereit, 80 Visa an afghanische Studierende auszugeben, ohne damit Stipendien zu verknüpfen. Im September nahm Kasachstan 35 ethnische Kasachen aus Afghanistan auf. Mit dem Ziel, „das Eindringen von unerwünschten Personen“ auf das Territorium des Landes und die „massenhafte Einreise von Asylsuchenden“ zu vermeiden, begrenzte Kirgistan zeitweilig die Erteilung von Einreisevisa für Bürger Afghanistans. Visaanträge afghanischer Studierender werden geprüft, für 150 afghanische Studierende der *American University of Central Asia* stellen die USA Stipendien bereit. Vor dem Hintergrund möglicher Infiltration schränkte Kirgistan auch die Visavergabe an pakistanische Bürger ein und errichtete zusätzliche temporäre Grenzposten an den kirgisisch-tadschikischen und kirgisisch-usbekischen Grenzen.

Die Äußerung des turkmenischen Präsidenten Berdimuhamedow, dass es angesichts der epidemiologischen Situation notwendig sei, vernünftige Entscheidungen über die Aufnahme von Flüchtlingen zu treffen, dürfte bedeuten, dass die Grenzen Turkmenistans für afghanische Flüchtlinge geschlossen bleiben. Auch ethnische Turkmenen aus Afghanistan, die



bereits früher im Nachbarland Zuflucht gesucht hatten, wurden zurückgeschickt.¹

Tadschikistan und Afghanistan verbindet nicht nur eine 1.433 Kilometer lange Grenze, sondern auch, dass die tadschikische Minderheit die zweitgrößte ethnische Gruppe in Afghanistan ist. Tadschikistan war bis Oktober 2021 das einzige Land Zentralasiens, das keine Verhandlungen mit den Taliban führte, die in der Mehrheit Paschtunen sind, die größte Bevölkerungsgruppe Afghanistans. Präsident Rahmon bot Ahmad Masoud, dem Führer der Nationalen Widerstandsfront von Afghanistan (NRF), einem ethnischen Tadschiken, Zuflucht in Tadschikistan an, wo dieser das zweite Büro der NRF eröffnete – nur Stunden nach der Eröffnung des Büros in den USA. Die Positionierung Rahmons als Verteidiger der tadschikischen Minderheit in Afghanistan wird von der Bevölkerung seines Landes wohlwollend aufgenommen. Unwahrscheinlich ist, dass dies zur Unterstützung eines Widerstands in Afghanistan wird. Das ärmste Land Zentralasiens war als einziges Land der Region bereit, Flüchtlinge aus Afghanistan aufzunehmen. Die meisten der circa 10.000 Personen, die im Juni/Juli 2021 in Tadschikistan Zuflucht gesucht hatten, kehrten im

¹ <https://rus.azathabar.com/a/31435215.html>.

August wieder in ihre Heimat zurück, auch weil sie in Tadschikistan nicht ausreichend versorgt wurden. Die Chefs der an Afghanistan grenzenden administrativen Gebiete Chatlon und Berg-Badachschan waren bereit, mit internationalen Organisationen Vorbereitungen für die Aufnahme von Geflüchteten zu treffen.

Usbekistan, das wie Turkmenistan nicht der UN-Flüchtlingskonvention von 1951 beigetreten ist, hatte es wie sein Nachbarland im Juni/ Juli abgelehnt, Geflüchtete aus Afghanistan aufzunehmen. Es reagierte jedoch positiv auf eine Anfrage, in der Nähe der usbekisch-afghanischen

Tadschikistans Präsident als Verteidiger der tadschikischen Minderheit in Afghanistan.

Grenze eine Vertretung des Hohen Flüchtlingskommissariats der UN einzurichten. Der deutsche Außenminister Heiko Maas warb darum, dass Nachbarländer Menschen aus

Afghanistan aufnehmen. Usbekistan ist bereit, denjenigen Menschen aus Afghanistan den Transit zu gestatten, die eine Zusage für die Aufnahme in Deutschland haben.² Taschkent war in der zweiten Augushälfte auch Drehkreuz für deutsche Evakuierungsflüge aus Afghanistan.

Afghanistans Grenzregionen nach Norden hin sind oft schwer kontrollierbare Berg- und Steppengebiete. Dies wird mit Besorgnis betrachtet, weil damit die Möglichkeit zur Infiltration von Personen und Werten und extremistische Bedrohungen verbunden werden. Die Öffnung der Grenzen für Personen aus Afghanistan ohne Visa wird nicht nur von den Nachbarländern selbst abgelehnt. Auch der russische Präsident Putin betonte, dass zwischen der Situation in Afghanistan und der Sicherheit Russlands eine direkte Verbindung bestehe. Die Staaten Zentralasiens seien die nächsten Partner und Verbündeten Russlands, das zu ihnen zwar gemeinsame Grenzen, aber keine Visabeschränkungen hat.³

Verhältnis zum Islam

Die Mehrheit der Bevölkerung Zentralasiens ist muslimisch geprägt, zumeist sunnitischen Glaubens, wie auch die in Afghanistan lebenden Paschtunen, Tadschiken und Usbeken. Den Eliten der Region ist es in den 30 Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht ausreichend gelungen, von der Bevölkerung durchgehend mitgetragene eigene

2 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/deutschland-ortskraefte-evakuierungen-101.html>.

3 <https://tass.ru/politika/12190405>.

Werte nicht nur zu postulieren, sondern selbst nachvollziehbar in Übereinstimmung damit zu leben. Daraus entsteht mangelndes Vertrauen zum säkularen Staat und ein Wertevakuum. Wenn dazu in anhaltend schwierigen ökonomischen Situationen nicht ausreichend Arbeitsplätze für eine schnell anwachsende Bevölkerung entstehen, sucht besonders die Jugend nach anderen Angeboten. Hierzu zählt auch die Hinwendung zu anderen Auslegungen des Islam. Wie Vladimir Yevseyev, Leiter der Abteilung für eurasische Integration und Entwicklung des Instituts der GUS-Länder, anmerkt, haben die Taliban nach ihrem Sieg momentan die Kraft, andere Gruppierungen zu beeinflussen, sogar den „Islamischen Staat“ „umzuformatieren“.⁴ Die Taliban sind keine homogene Gruppe, sondern bestehen aus verschiedenen regionalen Stammesgruppierungen und unterschiedlich radikalen Untergruppen. Einige ihrer Vertreter machten Erfahrungen im Ausland, andere waren als Kommandeure oder Kämpfer im Land. Wer von ihnen die Zukunft Afghanistans bestimmt, was sie nach dem Wegfall des gemeinsamen Ziels, westliche Akteure und Ideen aus dem Land zu vertreiben, eint und inwieweit sie anderen extremistischen Gruppierungen Rückzugs- und Operationsräume überlassen, wird auch das Verhältnis zu Zentralasien mitbestimmen.

In den letzten 30 Jahren waren die Staaten und Menschen Zentralasiens auf der Suche nach jeweils eigenen Identitäten. Dazu gehörten die eigene Geschichte und die Hinwendung zu Traditionen der ethnischen (Mehrheits-)Gruppen, die oft eine Retraditionalisierung von Werten einschlossen. Deutlich wird dies beim Verhältnis der Geschlechter. Ob die Einschränkungen der Rechte von Frauen in Afghanistan langfristig für einige zentralasiatische Muslime Anstoß werden, die Rechte von Frauen auf der Grundlage von strenger ausgelegten islamischen Glaubensvorschriften zu definieren, sollte beobachtet werden.

Usbekistans erster Präsident Karimov ging 1991 strikt gegen die Islamische Bewegung Usbekistans vor, die die Gründung eines Gottesstaates nach der Scharia gefordert hatte. Seine Sicherheitskräfte bekämpften auch andere Träger islamistischen Gedankenguts mit Härte. Die Haltung der Regierung: Religion ist Privatsache. Sein Nachfolger Shavkat Mirziyoyev will Usbekistan als Land eines modernen Islam positionieren, staatliche Kontrolle eingeschlossen.

4 Interview Sputnik – Yevseyev 13.08.2021 <https://www.youtube.com/watch?v=yjLzc-o8wXA>.

Tadschikistans Präsident Emomali Rahmon hatte nach einem blutigen Bürgerkrieg (1992–1997), in dem es eher um Machtpositionen denn um Ideologien ging, seine Gegner zunächst in die Regierung integriert und ließ für einige Zeit die Partei der Islamischen Wiedergeburt im Parlament zu. Seit 2015 ist diese Partei verboten. In Zentralasien wird aufmerksam verfolgt, ob sich einheimische strenggläubige Muslime als loyale Bürger verhalten.

Bereits früher war festzustellen, dass die Wahrnehmung extremistischer Bedrohungen durch staatliche Entscheider genutzt wurde, um Handlungsräume für zivilgesellschaftliche Akteure einzuengen. Der Verweis auf die Zunahme solcher Bedrohungen kann zur Begründung weiterer Einschränkungen verwendet werden.

Beziehungen zu den Taliban

Die Taliban sind eine materiell gut ausgestattete Bewegung, die ihre Einkünfte aus internationalen Spenden, Drogenhandel, Steuern und Abgaben aus den von ihnen kontrollierten Gebieten sowie dem Verkauf von Bodenschätzen bezieht. Dass Zentralasien Transitstecke und teilweise Abnehmer von Drogen aus Afghanistan sein kann, wird in der Region als Gefahr wahrgenommen. Auch wenn die Taliban verkündeten, sich auf die Errichtung eines Islamischen Emirats in Afghanistan zu konzentrieren, ist für die Nachbarn die Menge moderner Waffen, die die afghanische Armee weitgehend kampflos übergab, beunruhigend. Inwieweit die Taliban diese Waffen einsetzen können, ob sie dazu vom Westen trainierte Personen der afghanischen Armee kooptieren, ob sich aus Teilen dieser Armee künftig neue militärische Kräftegruppierungen bilden oder diese Waffen in die Hände anderer islamistischer Akteure geraten, ist offen.

Usbekistan unterhielt als einziger Staat der Region seit 2017 Gesprächskontakte zu den Taliban. Diese können auch so gelesen werden, dass man auf eine andere Einflussoption als über den inzwischen eher der Türkei verbundenen General Dostum setzte. Dieser gehört der usbekischen Minderheit Afghanistans an und war Teil der Nordallianz, die in den 1990er Jahren als „Puffer“ zwischen den Taliban und Usbekistan wirkte.

Insgesamt ist den Regierungen Zentralasiens klar, dass sie sich darauf einstellen müssen, dass Afghanistan von den Taliban beherrscht wird. Bis auf Tadschikistan führen sie Gespräche mit ihnen, auch wenn bisher die

Taliban noch auf ihren Listen von Terrororganisationen stehen und mit den Gesprächen keine offizielle Anerkennung verbunden wird.

Militärische Aufrüstung in der Region

Jedes der Länder Zentralasiens versucht, sich bestmöglich zu schützen. Die Voraussetzungen dafür sind unterschiedlich. Kasachstan beobachtete die Entwicklungen in Afghanistan anfangs scheinbar „nur von der Seitenlinie“.⁵ Am 1. September 2021 machte Präsident Tokajew jedoch deutlich, dass man sich im Zusammenhang mit Afghanistan auf „externe Schocks und die schlimmste Variante der Ereignisse“ vorbereiten müsse – dazu brauche es eine Neuordnung des militärisch-industriellen Komplexes und der Verteidigungsdoktrin.⁶ Tadschikistan hatte im Juli zusätzlich zu seinen 15.000 regulären Militärangehörigen 20.000 Reservisten in die Grenzregion beordert. Turkmenistan wird wenig über die Situation informieren: die turkmenisch-afghanische Grenze könnte sich als wenig geschützt und entgegen der offiziellen Ansage als durchlässig erweisen.

Aus Usbekistan kommen am deutlichsten Stimmen für die Normalisierung mit Afghanistan.

Den Taliban allein entgegenzutreten, wird wenig aussichtsreich sein. Deshalb wird auf bilateraler und multilateraler Ebene nach Unterstützung gesucht. Auf dem außerordentlichen Gipfel der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) am 23. August 2021 betonten Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan die Notwendigkeit, die staatliche Macht in Afghanistan durch einen friedlichen Dialog unter Berücksichtigung der Interessen aller Gruppen des Landes wiederherzustellen.⁷ Die Suche nach Sicherheit in diesem Rahmen wurde auch in Militärübungen deutlich (Anfang September fand etwa in Kirgistan eine Truppenübung der Kollektiven Schnellen Eingreifkräfte der Zentralasiatischen Region der OVKS statt, in der zweiten Augushälfte übten in Tadschikistan circa 1.000 russische Militärangehörige der Militärbasis 201, der größten Basis außerhalb Russlands).

5 Dostym Satpayev, 365info.kz 17.08.2021, vgl. <https://365info.kz/2021/08/v-voprose-afganistana-nelzya-rasschityvat-navoennye-zontiki-rossii-kitaya-i-ssha-ekspert>.

6 Kassym-Shomart Tokajew in der gemeinsamen Sitzung der Parlamentskammern Kasachstans am 01.09.2021, vgl. https://www.inform.kz/ru/perezagruzit-oboronno-promyshlennyj-kompleks-rk-poruchil-prezident_a3830767.

7 Vgl. <https://odkb-csto.org/news/odkb/ob-itogakh-vneocherednoy-sessii-soveta-kollektivnoy-bezopasnosti-odkb-posvyashchenoy-situatsii-v-af>.

Russland ist ein wichtiger äußerer Akteur in dieser Region, jedoch nicht der einzige. Auch wenn China nur circa 40 Kilometer Grenze am Wachan-Korridor mit Afghanistan verbinden, dürfte es kein Zufall sein, dass im August 2021 tadschikische und chinesische Spezialeinheiten im Westen Tadschikistans gemeinsam die Terrorabwehr übten – zu einem Zeitpunkt, als die Taliban erklärten, in Afghanistan auch gegen die Islamische Bewegung Ostturkestan kämpfen zu wollen. Das tadschikische Parlament billigte den Bau einer von China finanzierten Basis für tadschikische Militärs. Präsident Rahmon schlug die Übergabe einer bestehenden militärischen Struktur an China vor.⁸

Wiederaufbau in Afghanistan und Chancen für Zentralasien

Die Taliban müssen jetzt Afghanistan organisieren. Internationale Währungsinstitute haben ihren Zugang zu Finanzquellen gesperrt. Es muss darüber verhandelt werden, wie Hilfe für die Bevölkerung organisiert, die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden kann. Nach UN-Angaben leidet mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter Lebensmittelmangel. Auch aus Zentralasien kamen Zusagen für humanitäre Hilfe. Ein großer Teil der internationalen Hilfslieferungen wird über das usbekische Termez Cargo Centre gelenkt werden, wenn die Taliban eine Einfuhrerlaubnis für die dort gelagerten Hilfsgüter erteilen.

Aufmerksam wird verfolgt, wie sich die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme oder den Ausbau wirtschaftlichen Austausches entwickeln. Im ersten Halbjahr 2021 gingen 65,5 Prozent aller Mehlexporte aus Kasachstan nach Afghanistan. Bricht dieser Markt weg, wenn die Empfänger keine Zahlungen leisten können? Sind die Taliban in der Lage zu garantieren, dass importierte Güter und deren Transportmittel sicher den Adressaten erreichen, ohne dass erneut an 50 Checkpoints Abgaben zu leisten sind? Der Landwirtschaftsminister Kasachstans erklärte jüngst, dass sein Land weiter Weizen und Mehl nach Afghanistan liefern werde.

Bei aller Sorge um die eigene Sicherheit sind aus Usbekistan am ehesten Stimmen für eine Normalisierung der Beziehungen mit Afghanistan zu hören. Präsident Mirziyoyev erklärte vor der UN-Generalversammlung, dass sein Land wieder Öl und Elektroenergie ins Nachbarland liefere. Man könne Afghanistan nicht isolieren und mit seinen Problemen

8 <https://www.rferl.org/a/tajikistan-approves-chinese-base/31532078.html>.

allein lassen. Er rief auf dem SOZ-Gipfel im September 2021 zur Freigabe der afghanischen Guthaben bei internationalen Banken auf. Afghanistan importiert den größten Teil seines Stroms, mehr als die Hälfte davon aus Usbekistan. Ein Großteil der internationalen Hilfe wird über Usbekistan nach Afghanistan laufen und Usbekistan rechnet mit den Transitgebühren. Im Kontext angestrebter Kooperationen mit China wurden größere Infrastrukturprojekte diskutiert wie der (Aus)bau von Eisenbahnverbindungen durch Afghanistan nach Pakistan (Masar-i-Sharif - Peschawar). Vertreter der Taliban sagten bereits die Sicherheit der an der Realisierung beteiligten usbekischen Experten zu. Auch Turkmenistan ist an Großprojekten wie der Gasleitung TAPI (Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien), an Strom- und Glasfaserleitungen zwischen Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan und Eisenbahntrassen zwischen Turkmenistan und Afghanistan interessiert.

Wasser kann zu einer Schlüsselfrage in den tadschikisch-afghanischen Beziehungen werden: Bestehende Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt im Ökosystem der Flüsse Pandsch und Amurdarja können Grundlage für das Wassermanagement und die gemeinsame Nutzung der Ressourcen der Grenzflüsse werden.

Könnten zusätzliche Transportkorridore von Zentralasien über Afghanistan gebaut und deren Stabilität gewährleistet werden, würden sie sowohl zur Entwicklung der beteiligten Länder als auch des internationalen Handels beitragen. So könnten Stränge der Neuen Seidenstraßen stärker vernetzt werden. Um chinesische Investitionen in Afghanistan zu sichern, ist China auch bereit, mit dem Taliban Gespräche zu führen.

Gemeinsam wahrgenommene Bedrohungen könnten zu einer Annäherung von staatlichen Akteuren und einer verbesserten Zusammenarbeit in Zentralasien beitragen. Ob sie angesichts der Punkte, die innerhalb Zentralasiens Kooperationen entgegenstehen, langfristig eine tragfähigere Grundlage für erfolgreiches Zusammenwirken werden, bleibt zu sehen. 🌐

Marlies Linke

geb. 1963, Dipl.-Staatswissenschaftlerin (Institut für Internationale Beziehungen Moskau), Leiterin des Regionalbüros Zentralasien der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Almaty

Marlies.Linke@rosalux.org



Eichmann in Jerusalem

Vor 60 Jahren begann der Prozess gegen Adolf Eichmann

Angelika Timm

Das Gerichtsverfahren und die Hinrichtung Eichmanns in der Nacht zum 1. Juni 1962 zeitigten Auswirkungen auf Israel, beide deutsche Staaten und die internationale Politik. Sie leiteten eine neue Phase im politischen Umgang mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung sowie für deren wissenschaftliche und publizistische Aufarbeitung ein, begleitet von Debatten über die jeweils eigene Vergangenheit sowie kollektive und individuelle Schuld bzw. Verantwortung.

Am 23. Mai 1960 verkündete der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion in der Knesset, Adolf Eichmann, einer der Hauptverantwortlichen für die „Endlösung der Judenfrage“ in Europa, befinde sich seit einigen Tagen in israelischem Gewahrsam und werde im Lande vor Gericht gestellt. Der Eichmann-Prozess begann am 11. April 1961 vor dem Jerusalemer Bezirksgericht. Den Richtern lagen etwa 1.600 Beweisdokumente vor; mehr als 100 Zeugen wurden vernommen. Acht Monate später, am 15. Dezember 1961, wurde der Angeklagte schuldig gesprochen und für Verbrechen gegen das jüdische Volk und gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt. Eichmann, vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien entführt und in den Nahen Osten verbracht, wohnte dem Gerichtsverfahren in einer kugelsicheren Panzerglaszelle bei. Er wiederholte permanent, nur auf Befehl anderer gehandelt zu haben und somit unschuldig zu sein.

Der Eichmann-Prozess – übertragen in Radio und Fernsehen – wurde zur Zäsur für das kollektive Gedächtnis und die politische Kultur in Israel. War die Schoah bis dahin weitgehend tabuisiert worden, so trugen insbesondere die Zeugenaussagen von Überlebenden und die konkreten Beweisführungen das Thema in die Gesellschaft. Nicht nur Heldentaten und Widerstand, sondern auch die Leiden der Opfer – Angst, Demütigung, Folter und Tod – rückten ins Blickfeld. In Israel wurde der Holocaust zum identitätsstiftenden bzw. verbindenden Element zwischen den aus Europa und Amerika bzw. Asien und Afrika eingewanderten jüdischen Bevölkerungsgruppen. In diesem Sinne stärkte der Jerusalemer Prozess das nationale Bewusstsein, gab doch der Staat den Opfern nunmehr eine Stimme und verhängte ein Todesurteil gegen



Eichmann im Glaskasten vor Gericht – Jerusalem im Mai 1961

einen der Haupttäter. Der israelische Historiker Tom Segev betonte, Ben Gurion habe mit dem Prozess vor allem der jungen Generation und den jüdischen Gemeinschaften in der Diaspora vor Augen führen wollen, dass „nur ein Land Juden eine sichere Existenz gewähren konnte - und zwar der Staat Israel“.¹ Beschworen wurde die verstärkte Einwanderung, verbunden mit der Überzeugung, ein starkes Israel müsse Sorge dafür tragen, dass Jüdinnen und Juden nie wieder zu Opfern würden – weder in Europa noch im Nahen Osten.

Zu den internationalen Prozessbeobachtern gehörte die Philosophin Hannah Arendt. In ihrem 1963 veröffentlichten, mit „Banalität des Bösen“ untertitelten Bericht „Eichmann in Jerusalem“ stellte sie den Organisator der nationalsozialistischen Judenvernichtung vor allem als subalternen Bürokraten dar. Sie forderte von der Forschung, die nationalen und internationalen Umstände, die die „Endlösung“ ermöglicht hatten, zu untersuchen sowie Fragen nach der Mitwisserschaft der deutschen Bevölkerung und der Verstrickung Angehöriger anderer Völker in den fabrikmäßig betriebenen Massenmord zu stellen. Arendts Hinweise auf die Mitschuld von Vertretern jüdischer Organisationen, z. B. der Judenräte, sowie ihre

1 Segev, Tom (1995): Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, S. 433.

Kritik an der israelischen Justiz rührten indes an Tabuzonen. Nicht selten wurden der Philosophin Gefühllosigkeit und „jüdischer Selbsthass“ vorgeworfen.

Reaktionen in den beiden deutschen Staaten

In der BRD und der DDR hob der Eichmann-Prozess die Schoah nachdrücklich in das öffentliche Bewusstsein, belegte er doch, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit keinesfalls abgeschlossen war. Bundesdeutsche Politiker fürchteten zunächst, der Prozess werde das Ansehen Deutschlands im Ausland beschädigen und die sich während des letzten Jahrzehnts positiv entwickelnden westdeutsch-israelischen Beziehungen belasten. Ben Gurion, der im März 1960 bei einem Treffen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer in New York enge Kooperationen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet vereinbart hatte, betonte jedoch öffentlich, das „heutige Deutschland“ sei nicht Nazideutschland.² Die umfassende Berichterstattung über den Prozess trug dazu bei, dass sich insbesondere Jugendliche stärker für die jüngste deutsche Geschichte interessierten. Zudem entstand der Wunsch, mehr über die israelische Realität zu erfahren; Studienreisen und touristische Aufenthalte wurden angeregt. Die Anklageerhebung und das Urteil von Jerusalem hatten zudem umfängliche wissenschaftliche Debatten über Nationalsozialismus und Judenmord zur Folge; sie förderten die mit den Auschwitzprozessen 1963 einsetzende strafrechtliche Aufarbeitung des Holocaust.

Auch in der DDR zeichneten sich Veränderungen bisheriger Positionen ab. Auf „das Jahrzehnt der Verdrängung zwischen 1949 und 1959“ folgte ab 1960 eine „Phase der weitgehend politisch instrumentalisierten Auseinandersetzung mit dem Holocaust“.³ Die Politik des ostdeutschen Staates jedoch blieb weiterhin durch den Kalten Krieg und die deutsch-deutschen Querelen dominiert. Innenpolitisch sah sich die SED-Führung mit der bis zum 13. August 1961 anhaltenden Fluchtbewegung von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern in den deutschen Westen konfrontiert. Sie ging daher in die ideologische Offensive und idealisierte die DDR als makellosen

2 Deutchkron, Inge (1983): Israel und die Deutschen. Das besondere Verhältnis. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, S. 134.

3 Groehler, Olaf (1992): Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR. In: Herbert, Ulrich / Groehler, Olaf (1992): Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten. Ergebnisse-Verlag, Hamburg, S. 42.

„antifaschistischen Staat“; ihm stellte sie die Bundesrepublik als „Staat der Nazi-Täter“ gegenüber. Dazu schien der Eichmann-Prozess nutzbar. Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann erklärte im April 1961: „Der Prozess gegen Eichmann ist mehr als nur ein Gericht über die hitlerfaschistische Vergangenheit. Er ist zugleich eine Anklage gegen das auf westdeutschem Boden fortbestehende militaristische System.“⁴ Der Verweis auf nationalsozialistische „Schreibtischtäter“ wie Hans-Maria Globke oder Theodor Oberländer, die inzwischen in der bundesrepublikanischen Politik Spitzenpositionen bekleideten, schien zusätzlich geeignet nachzuweisen, dass „in Westdeutschland das Hitlersystem immer noch nicht überwunden“ sei.⁵ Permanent wurde darauf verwiesen, dass der Entnazifizierungsprozess im Osten Deutschlands rigoros erfolgt sei als im Westen. Die DDR habe als einziger deutscher Staat Lehren aus der Geschichte gezogen.

Zäsur im Umgang mit der Vergangenheit

In Israel, jedoch auch in Ost- und Westdeutschland bildete der Eichmann-Prozess somit eine Zäsur für den politischen Umgang bzw. für die wissenschaftliche und publizistische Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Er gab neue Impulse, um eines der dunkelsten Kapitel jüngster deutscher Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten und den permanenten Verdrängungskomplexen zu begegnen. Die sechs Jahrzehnte nach dem Urteil von Jerusalem bezeugen zumindest, dass ihm ein bedeutender Stellenwert im deutschen Selbstfindungsprozess zukam. Sie belegen gleichzeitig, dass die Benennung und Akzeptanz historischer Schuld sowie deutscher Verantwortung als Schlussfolgerungen aus dem Holocaust permanente Herausforderungen bleiben. 🌐

4 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 3. Wahlperiode. 17. Sitzung, 12. April 1961. Stenografische Niederschrift, S. 585.

5 Ebenda.

Dr. sc. Angelika Timm

Studium der Hebraistik/Arabistik sowie Promotion und Habilitation, Lehre an der HUB und der FU Berlin sowie Gastprofessorin an israelischen Universitäten. 2008 bis 2015 war sie Leiterin des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv

timman@gmx.de





Weiner, Tim (2021):
Macht und Wahn.

Der Politische Krieg zwischen den USA
und Russland seit 1945.

S. Fischer, Frankfurt,
352 Seiten, 26 Euro.

Im politisch-medialen Tagesgeschäft neigt man dazu, in altbekannten Phänomenen vorschnell etwas grundsätzlich Neues zu erblicken. Ein prominentes Beispiel sind die „Fake News“. Neu daran ist lediglich die Art der Distribution, nicht das Phänomen an sich – wie Tim Weiner, investigativer Journalist für die *New York Times*, in seiner rasanten Darstellung der politischen Kriegsführung zwischen den USA und Russland seit 1945 ebenso kenntnis- wie detailreich darlegt.

Die Anfang des 20. Jahrhunderts definierten Grundsätze zur Verregelung des Krieges wurden von den beiden Weltkriegen gewaltsam hinweggefegt. Dazu gehörte u.a., dass Kriege lediglich zwischen Kombattanten geführt und Zivilisten geschützt werden,

aber auch, dass ein Land sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischt. Atom- und Wasserstoffbombe führten nach 1945 dazu, dass sich die Prinzipien der Kriegsführung zwischen den Großmächten grundlegend wandelten – weg von der physischen Vernichtung und hin zur politischen Kriegsführung.

Waren die USA den Russen nach 1945 überlegen, was die konventionelle Kriegsführung betraf, hatte Moskau bei der Durchführung politischer Operationen anfangs die Nase vorne. Staatliche Spionage, List, Subversion und Sabotage, so Weiner, reichen weit zurück in die russische Geschichte. Schon Iwan der Schreckliche hatte sich im 16. Jahrhundert ein ausgeklügeltes Spitzelsystem aufgebaut, das in der Revolution 1917 zwar zerschlagen wurde, aber nur, um von Lenin durch ein noch ausgefeilteres Spionagenetzwerk ersetzt zu werden. In den 1930er Jahren hatte Stalin Zugriff auf hunderte Informanten an den verschiedensten Stellen in der US-amerikanischen Administration und Gesellschaft. Erst 1947 zogen die USA mit der Gründung der CIA strukturell gleich – waren anfangs jedoch verglichen mit ihren russischen Counterparts allenfalls „Amateure (...) in der politischen Kriegsführung (und) in den

dunklen Künsten der Täuschung und Desinformation“.

Das änderte sich schnell. Folgt man der Darstellung Weiners, die in ihrer Abenteuerlichkeit streckenweise einen James-Bond-Film in den Schatten stellt, gab es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts praktisch kein politisches Ereignis von Relevanz, in das die CIA nicht involviert gewesen wäre. Wobei der Kampf gegen den Kommunismus jedes Mittel rechtfertigte. Mindestens 117 nationale Wahlen, so rechnet Weiner vor, habe die CIA seit ihrer Gründung weltweit beeinflusst; noch in den entlegensten Weltregionen sei der Wettstreit der Systeme ausgefochten worden, wobei die dabei geschlossenen Allianzen ebenso wechsellagernd ausfielen wie die Ergebnisse.

Neben militärischen und paramilitärischen Aktionen, einschließlich Berufskillern, setzten beide Seiten auf Desinformation als Waffe der politischen Kriegsführung. So finanzierte die Propagandaabteilung der CIA nach Weiners Recherchen im Laufe der Jahre rund 50 Zeitungen, Radiostationen, Magazine und Nachrichtenagenturen weltweit. Bemerkenswert ist, dass dies in den jeweiligen Redaktionen und auch unter Journalisten weithin bekannt war – man es jedoch als selbstverständlich erachtete, mit

den Geheimdiensten zu kooperieren bzw. in deren Sinne zu publizieren. Auch die Russen nutzten das Instrument der medialen Desinformation effektiv, wenn sie in KGB-eigenen indischen Zeitungen gezielt Falschmeldungen zur US-Politik verbreiteten, die dann wiederum von den Agenturen weltweit vervielfältigt wurden (z. B. die innerhalb des KGB für „Desinformation“ zuständige Abteilung D).

Nach der Lektüre von Weiners Buch stellt sich nicht mehr die Frage, ob die Welt bereits in einem neuerlichen Kalten Krieg angekommen sei. Die Antwort ist offenkundig. Mit dem Unterschied gegenüber 1945-1990, dass der Konflikt diesmal nicht bipolar, sondern multipolar ausgetragen wird. Die angewandten Mittel hingegen dürften sich kaum verändern. Auch in Zukunft wird es darum gehen, unter Nutzung militärischer, geheimdienstlicher und finanzieller Ressourcen den eigenen Einfluss in der Welt maximal auszuweiten. Gezielte mediale Desinformation wird weiterhin eine zentrale Komponente der politischen Kriegsführung sein, wobei weniger das Phänomen an sich als die Möglichkeiten ihrer Verbreitung das Novum darstellen.

Florian Keisinger, München



Hermann, Rainer (2021):
Die Achse des Scheiterns: Wie sich die
arabischen Staaten zugrunde richten.
Klett-Cotta, Stuttgart,
304 Seiten, 18 Euro.

Wer die gegenwärtige Weltunordnung studieren möchte, wird nicht umhinkommen, in den Nahen Osten zu blicken: Bürgerkriege, Proteste, gescheiterte Revolutionen, Armut, Perspektivlosigkeit, religiös-kulturelle Spannungen und der Zerfall von Staaten. Eine „Achse des Scheiterns“ habe sich etabliert, während sich „die arabischen Staaten zugrunde richten“. So lautet die Kernthese des *FAZ*-Journalisten Rainer Hermann, der sich in seinem lesenswerten Buch mit den multiplen Krisen der arabisch-islamischen Welt befasst und die Folgen für Europa hervorhebt. Warum ausgerechnet Europa?

„Bei euch in Europa“, sagt ein Iraker aus Basra, „ist ja die Zukunft immer besser als die Gegenwart. Hier bei uns ist es umgekehrt. Denn bei uns ist das Heute immer

besser als das Morgen. Und auch dieses Heute ist schon lange nicht mehr gut“ (S. 12). Wie lässt sich das Wohlstandsgefälle zwischen dem Westen und den arabischen Ländern erklären? Länder wie Großbritannien und die USA seien reich geworden, weil die Menschen die Eliten gestürzt haben und weil in ihren Gesellschaften die politischen Rechte sehr viel breiter gestreut seien. Ein solcher Prozess sei in der arabischen Welt überfällig. Über die Anfänge sei er noch nicht hinausgekommen.

Das Jahrzehnt nach dem „Arabischen Frühling“ (2011) sollte eine Warnung sein. Seither seien die Bürgerkriegsländer Syrien, Libyen und Jemen zerfallen; Ägypten verhalte sich gegenüber seiner Bevölkerung wie eine „Besatzungsmacht“; im Irak und im Libanon beehrten die Menschen gegen korrupte Eliten auf, die ihre Macht aus der konfessionellen Aufteilung ihrer Länder bezogen haben; im Sudan, in Algerien und Jordanien hätten die Menschen ihre Ersparnisse aufgebraucht; und selbst Tunesien, das „Demokratielabor der arabischen Welt“, könne jederzeit scheitern. Hinzu kommen die Covid-19-Pandemie, das Ende des Erdölzeitalters und der Klimawandel. Die Einmischung äußerer Akteure in den Ländern des Nahen Ostens habe dramatisch

zugenommen. Zu nennen sind etwa die fehlgeschlagenen westlichen Interventionen in Afghanistan, im Irak (völkerrechtswidrig) und in Libyen; Russland intervenierte militärisch in Syrien; die Türkei, die in die Rolle der Schutzmacht für Muslime und Turkvölker hineinwachsen wollte dem nicht nachstehen; der Einfluss des Iran in Syrien, im Irak und im Jemen; Saudi-Arabiens Krieg im Jemen; Israel habe mit der Ankündigung die Westbank zu annektieren, „Öl ins Feuer“ gegossen, das Trumpf mit seiner Rhetorik weiter angefacht habe; Frankreich knüpfe in Nordafrika an seine Kolonialzeit an und die Sahelzone entwickle sich zum „neuen Kernland des Dschihad“.

Hermann beschäftigt sich mit dem „Gangsterquartett der alten Regime“: der „Kessel“ Ägypten, das „Königreich der Widersprüche“ Saudi-Arabien und das „Bollwerk“ Algerien. Der Staatsverfall in der Levante (Syrien, Irak, Libanon, IS) und die Interessen externer Akteure (USA, Russland, China, Türkei) werden präzise abgehandelt. Wie soll Europa damit umgehen?

Ein Dekadenprojekt sei gefragt. Drei Aufgaben stünden dabei im Vordergrund: Staaten stabilisieren, funktionierende Volkswirtschaften schaffen, Kriege verhindern.

„Nicht Fregatten stoppen die Migration, sondern wirtschaftliche Erfolge“, konstatiert Hermann. Deshalb brauche die Region von Mesopotamien bis an den Atlantik einen Marshallplan, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit einer demokratischen Ordnung verknüpfe. Allerdings waren die Voraussetzungen in Europa günstiger, als sie es heute im Nahen Osten sind. Europa sollte als „Friedensstifter“ viel in Sicherheit investieren. Jedoch fehle dazu eine integrierte EU-Strategie für den Nahen Osten, die Rüstungsexporte einstellt, Terror bekämpft, Iran eindämmt, die Aussöhnung mit Israel fördert sowie Staaten und ihre Institutionen stabilisiert. Ob die EU dazu fähig ist?

Das pointierte und lösungsorientierte Buch endet mit dem Appell: „Handeln ist längst keine Option mehr, es ist ein Gebot.“ Der Wandel in der arabischen Jugend, deren Lebenswirklichkeit sich säkularisiert, stimmt hoffnungsvoll. Die Parole *Ash-sha‘b yurīd isqāt an-nizām* (Das Volk will den Sturz des Regimes) hat das Bedürfnis nach tiefgreifenden Veränderungen zum Ausdruck gebracht, die zwar mühselig, aber noch nicht am Ende sind.

Majd El-Safadi, Berlin

Was erwartet man in Polen von der neuen deutschen Regierung?

Marcin Antosiewicz

Nach einem doch eher glanzlosen Wahlkampf ist es schwierig, neue Erwartungen an die künftige Regierung in Berlin zu stellen. Zudem scheint Olaf Scholz nicht ein Mann größerer Veränderungen zu sein, er steht eher für Kontinuität. Daher stehen alte Themen weiterhin auf der polnisch-deutschen Agenda und viele hoffen, dass sie in Angela Merkels Stil gelöst werden.

Obwohl die verschiedenen Regierungen in Warschau nicht immer mit Merkels Politik einverstanden waren, haben sie ihre Sensibilität gegenüber unserem Land geschätzt. Dank ihrer ostdeutschen Biografie konnte sie ein Gleichgewicht zwischen Südeuropa, Frankreich sowie Mittel- und Osteuropa herstellen. In den verschiedenen Etappen der europäischen Integration hat Merkel immer lieber einen breiten als einen schnellen Weg eingeschlagen. Es war ihr ein Anliegen, die europäische Einheit zu erhalten. Und das ist es, was Warschau heute von der Ampelregierung erwartet.

Politisch ist Polen zweigeteilt, aber sowohl die konservativ-populistische Regierung als auch die breiter verstandene liberale Opposition stehen Nord Stream 2, der deutsch-russischen Gaspipeline, kritisch gegenüber. Deutschland hat wegen dieses Projekts viel Vertrauen in unserem Teil Europas verloren. Heute fällt es schwer, Politikern aus Berlin zuzuhören, die europäische Lösungen und eine ehrgeizige Klimapolitik fordern, wenn sie unsere Energieinteressen vergessen haben, indem sie über unsere Köpfe hinweg mit Russland Gasgeschäfte machen. Dazu hatten sie jedes Recht. Aber bei Nord Stream haben die Deutschen ausschließlich an die eigenen Interessen gedacht, nicht an die von ganz Europa. Es wäre gut, wenn auch die Deutschen ihre nationalen Interessen klar definieren und kommunizieren würden und nicht alle ihre Projekte als „europäisch“ bezeichnen, denn das hilft weder dem gemeinsamen Europa noch den bilateralen Beziehungen.

In Warschau möchte man auch wissen, welche Vorstellung Deutschland von sich selbst in der internationalen Politik hat: Will es weiterhin eine große Schweiz sein, die ihre Vermittlungsdienste anbietet, oder ist es

in der Lage, mehr Verantwortung zu übernehmen und entschlossen für demokratische Werte und Menschenrechte einzutreten? In dieser Frage keine Entscheidung zu treffen, ist auch eine Wahl, aber wohl keine sehr souveräne.

Polen und andere Länder in der Region hoffen, dass Deutschland die 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales gemachte Zusage, zwei Prozent des BIP in die Verteidigung zu investieren, einhalten wird. Glauben Sie uns, niemand würde sich mehr über ein demokratisches, stabiles Russland freuen, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen entwickeln, als die Nationen, die zwischen Deutschland und Russland liegen. Aber es ist wie es ist. Und unsere Sicherheit hängt auch von den militärischen Fähigkeiten der NATO ab. Aus unserer Sicht vergessen die Deutschen zu oft, dass Willy Brandts Ostpolitik, Wandel durch Annäherung, auch durch die Doktrin der Abschreckung erfolgreich war.

Mehr Beobachter als Anführer

Von Europas größter Volkswirtschaft mit großer industrieller Vergangenheit erwarten wir eine Führungsrolle bei der digitalen und technologischen Transformation. Der großartige Erfolg des Mainzer Unternehmens Biontech wäre ohne die Unterstützung des US-Unternehmens Pfizer unbemerkt geblieben. Nicht nur die Internetgiganten aus Kalifornien überflügeln Europa bei neuen Technologien, Algorithmen, Robotern und künstlicher Intelligenz, sondern auch viele asiatische Tiger. Deutschland scheint mehr ein Beobachter dieser Prozesse zu sein als ein Anführer. Wir möchten, dass sich das ändert, denn die polnische Wirtschaft ist untrennbar mit der deutschen Wirtschaft verbunden. Fast 30 Prozent unserer Exporte gehen jenseits von Oder und Neiße.

Angesichts der vierten industriellen Revolution befürchten wir, dass ihr Tempo und ihre Unvorhersehbarkeit viele Opfer auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen werden. Wenn wir den Populisten erfolgreich entgegenreten und die Demokratie verteidigen wollen, können wir nicht zulassen, dass Millionen von Menschen in ständiger Angst leben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und nur noch ein existenzsicherndes Einkommen zu verdienen. Deutschland hat nicht nur eine große wirtschaftliche Tradition, sondern auch eine große soziale Tradition. Wer, wenn nicht die Deutschen, und wer, wenn nicht ein sozialdemokratischer Kanzler, könnte ein mutiges neues Konzept für den Sozialstaat vorlegen?

Politische Realitäten anerkennen

Die Menschen wandern, seit sie auf dieser Erde leben. Aber noch nie waren Ausmaß und Leichtigkeit, mit der sich Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt fortbewegen, so groß wie heute. Europa ist der beste Ort zum Leben. Das Thema Migration und Einwanderung wird eine der größten Herausforderungen unserer Zeit sein. Die Mauern an den Grenzen und die Unterstützung für die Rechtsextremen sind nur eine nervöse Reaktion auf dieses Problem. Die einseitige Entscheidung Deutschlands im Jahr 2015 hat der Sache nicht geholfen; sie hat die Populisten in Deutschland und in Polen gestärkt. Wir brauchen eine ernsthafte Debatte, die zu einer neuen Migrationspolitik für die Europäische Union führen wird. Wir erwarten von Deutschland, dass es in der Migrations- und Grenzschutzpolitik wie auch in der Klimapolitik polnische Realitäten entsprechend berücksichtigt.

Zum Schluss eine Banalität, die in den bilateralen Beziehungen immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden sollte. Wir sind seit über 1.000 Jahren Nachbarn. Unsere Geschichte ist untrennbar miteinander verbunden. In guten wie in schlechten Zeiten – und die haben uns gelehrt, dass es immer besser ist, miteinander zu reden als übereinander. 🌐



Marcin Antosiewicz

geb. 1984, freier Journalist, Politologe, Dozent an der Vistula University und der Universität Warschau. Viele Jahre lang arbeitete er als Nachrichtenreporter für den öffentlichen Rundfunk und das Fernsehen, unter anderem als Auslandskorrespondent aus London und Berlin.

martin_antosiewicz@yahoo.de

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für
Politik, Kunst und Wirtschaft.

In der Tradition der Weltbühne
von Siegfried Jacobsohn, Kurt
Tucholsky und Carl von Ossietzky.

Jeden zweiten Montag auf
www.das-blaettchen.de

WeltTrends – Das außenpolitische Journal

Gegründet 1993 von Erhard Crome, Jochen Franzke, Bogdan Koszel, Raimund Krämer, Claus Montag, Andrzej Sakson, Lutz Schrader und Wolfram Wallraf
Herausgeber: WeltTrends e.V./ Instytut Zachodni Poznań
Chefredakteur: Raimund Krämer (V.i.S.d.P.)
Stv. Chefredakteurin: Anne Klinnert
Redakteure: Angela Unkrüer, Majd El-Safadi
Red. Mitarbeit: Kai Kleinwächter, Frank König, Martin Wycisk, Thomas Zelt
Lektorat: Angela Unkrüer
Satz & Produktion: printlayout & webdesign, Ivo Olias, Potsdam
Druck: Kollin Medien GmbH, Neudrossenfeld

Kontakt

Redaktion *WeltTrends*
+49 (0)331 / 721 20 35 | redaktion@welttrends.de

Mediadaten

Erscheinungsweise: monatlich
Einzelpreis: 5,80 €
Abonnement: 58 € (ermäßigt 48 € / Institutionen 98 €)
E-Abonnement: 28 € (PDF-Datei)
Kombi-Abo: 78 € (12 Hefte Print + E-Abo)
ISSN: 0944-8101
Ausgabe 182: Majd El-Safadi (Hrsg.)
Polen und der Norden
WeltTrends, Potsdam 2021
ISBN: 978-3-947802-69-2

Erscheint bei WeltTrends – Potsdamer Wissenschaftsverlag

Geschäftsführer: Klaus Schmidt
Pressesprecher: Hubert Thielicke
Schatzmeister: Uwe Rechlin
Konto-Verbindung: Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE 78 1605 0000 3504 0024 16
Kontakt: WeltTrends | MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Str. 26–52 | D-14482 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 / 721 20 35 | Fax: +49 (0)331 / 721 20 36
verlag@welttrends.de | www.welttrends.de

Die zum Ausdruck gebrachten Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise denjenigen der Herausgeber oder der Redaktion.

© WeltTrends, Potsdam 2021

Bildnachweise Ausgabe 182:

Cover: Sergey Dzyuba / Shutterstock.com
Seite 2 (oben) + 11: Al.geba / Shutterstock.com
Seite 3 (oben) + 47: Eric Poulin / Shutterstock.com
Seite 7: Maximum Exposure PR / Shutterstock.com
Seite 13: Mike Fuchslocher / Shutterstock.com
Seite 17: plavi011 / Shutterstock.com
Seite 22 (Karte): ekler / Shutterstock.com
Seite 25: Wojciech Wrzesien / Shutterstock.com
Seite 35 (Karte): UserHalibutt, CC BY 3.0 / commons.wikimedia.org
Seite 53 (Karte): Corp-stock / Shutterstock.com
Seite 61: United States Holocaust Memorial Museum

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Behrooz Abdolvand, Berlin
Dr. Wolfram Adolph, Potsdam
Prof. Dr. Jürgen Angelow, Potsdam
Dr. Vladislav Belov, Moskau
Dr. Dr. Roland Benedikter, Breslau / Bozen
Prof. Dr. Sergej Birjukow, Kemerowo
Dr. Rainer Böhme, Dresden
Dr. habil. Erhard Crome, Berlin
Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Leipzig
Dr. Petra Erler, Potsdam
Prof. Dr. Wilhelm Ersil, Potsdam
Dr. Ali Fathollah-Nejad, Doha / Berlin
Ryszarda Formuszewicz, Warschau
Prof. Dr. Jochen Franzke, Potsdam
Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Berlin
Dr. Vladimír Handl, Prag
Prof. Dr. Ralf Havertz, Daegu
Dr. Wladimir Jewsejew, Moskau
Prof. Dr. Heinz Kleger, Potsdam
Prof. Dr. Lutz Kleinwächter, Potsdam
Prof. Dr. Bogdan Koszel, Posen
Dr. Mario Kölling, Madrid
Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek, Kleinmachnow
Prof. Dr. Klaus Larres, Chapel Hill
Prof. Dr. Ralf J. Leiteritz, Bogotá
Prof. Dr. Yuru Lian, Beijing
Prof. Dr. Krzysztof Malinowski, Posen
Prof. Dr. Henning Melber, Uppsala / Pretoria
Dr. Hans Misselwitz, Berlin
Prof. Dr. Beata Molo, Krakau
Prof. Dr. Claus Montag, Potsdam
Dr. sc. Detlef Nakath, Potsdam
Prof. Dr. Götz Neuneck, Hamburg
Dr. Holger Politt, Warschau
Prof. h. c. Alexander Rahr, Berlin
Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel
Prof. Dr. Andrzej Sakson, Posen
Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Dresden
Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn
Prof. Dr. Wilfried Schreiber, Berlin
Dr. Justyna Schulz, Posen
Dr. sc. Wolfgang Schwarz, Berlin
Prof. Dr. Dieter Segert, Wien
Prof. Dr. Bulat Sultanov, Almaty
Dr. Hubert Thielicke, Berlin
Achim Wahl, Berlin
Prof. Dr. habil. Thadeusz Wallas, Posen
Dr. habil. Wolfram Wallraf, Fichtenwalde
Prof. Dr. Raina Zimmering, Berlin

Beim Wort genommen:
„Absicht ist die Seele ...

... der bösen Tat.“

Polexit?!?

„So etwas wie einen Polexit gibt es nicht. Außer der liberalen Opposition von Donald Tusk hat niemand von den Regierenden je von der Absicht gesprochen, Polen aus der Europäischen Union herauszuführen. Das ist absolut ein ‚artificial problem‘, ein Problem, das gar nicht existiert.“

Vize-Außenminister Polens Marcin Przydacz
DWN-Exklusivinterview, 16. Oktober 2021



Hiermit bestelle ich

- ein **Jahresabo** (12 Hefte) zum Preis von 58,- €
- ein **ermäßigtes Abo** (12 Hefte) zum Preis von 48,- €
(Studierende, Rentner, ALG-II-Bezieher)
- ein **Institutionenabo** (12 Hefte) zum Preis von 98,- €
- ein **E-Abo** (12 Hefte als PDF) zum Preis von 28,- €
- ein **Kombi-Abo** (12 Hefte als PDF und Print) zum Preis von 78,- €
- Expl. der **Ausgabe** Nr. zu je 5,80 € (zzgl. Porto)
Für Auslandssendungen wird ein gesondertes Porto erhoben.



Zahlung erfolgt per Rechnung, die Abonnements sind jederzeit kündbar.

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ/Ort

.....
E-Mail-Adresse

.....
Datum / Unterschrift

Oder hier bestellen: bestellung@welttrends.de | Fax 0331/721 2036 | www.welttrends.de

Welt Trends
MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Str. 26-52
D-14482 Potsdam



Die nächste *WeltTrends*-Ausgabe: Nr. 183 | Januar 2022

Die Welt als System

Akkumulation und lange Wellen

Von Europa oktroyiert: Das Völkerrecht

Islam als antisystemische Bewegung

Weiterhin:

Merkels Außenpolitik – Eine Bilanz



» Gibt's das auch
in digital? «



WeltTrends im E-Abo

Jetzt Preisvorteile nutzen!

Elektronisches Abo abschließen und sparen.
Auch als Kombi (Digital & Print) erhältlich.

welttrends.de/abo

